

Augurzky, Boris; Neumann, Uwe

Research Report

Ökonomische Ressourcen älterer Menschen: Regionalwirtschaftliche und fiskalische Effekte einer Förderung der Seniorenwirtschaft in Nordrhein-Westfalen

RWI Materialien, No. 19

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Augurzky, Boris; Neumann, Uwe (2005) : Ökonomische Ressourcen älterer Menschen: Regionalwirtschaftliche und fiskalische Effekte einer Förderung der Seniorenwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, RWI Materialien, No. 19, ISBN 3-936454-50-7, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-200910191265>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/61146>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Boris Augurzky und Uwe Neumann

Ökonomische Ressourcen älterer Menschen

Regionalwirtschaftliche und fiskalische Effekte
einer Förderung der Seniorenwirtschaft
in Nordrhein-Westfalen

Heft 19



Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Vorstand:

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D. (Präsident),

Prof. Dr. Thomas K. Bauer

Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat:

Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender);

Dr. Dietmar Kuhnt, Dr. Henning Osthues-Albrecht, Reinhold Schulte
(stellv. Vorsitzende);

Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling, Manfred Breuer, Christoph Dänzer-Vanotti,
Dr. Hans Georg Fabritius, Prof. Dr. Harald B. Giesel, Karl-Heinz Herlitschke,
Dr. Thomas Köster, Hartmut Krebs, Tillmann Neinhaus, Dr. Günter Sander-
mann, Dr. Gerd Willamowski

Forschungsbeirat:

Prof. David Card, Ph.D., Prof. Dr. Clemens Fuest, Prof. Dr. Walter Krämer,

Prof. Dr. Michael Lechner, Prof. Dr. Till Requate, Prof. Nina Smith, Ph.D.,

Prof. Dr. Harald Uhlig, Prof. Dr. Josef Zweimüller

Ehrenmitglieder des RWI Essen

Heinrich Frommknecht, Prof. Dr. Paul Klemmer

RWI : Materialien Heft 19

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung,
Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen, Tel. 0201/81 49-0

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2005

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.

Redaktionelle Bearbeitung: Joachim Schmidt

ISSN 1612-3573 – ISBN 3-936454-50-7

Boris Augurzky und Uwe Neumann

Ökonomische Ressourcen älterer Menschen –
Regionalwirtschaftliche und fiskalische Effekte
einer Förderung der Seniorenwirtschaft
in Nordrhein-Westfalen

RWI : Materialien

Heft 19

Boris Augurzky und Uwe Neumann

Ökonomische Ressourcen älterer Menschen

Regionalwirtschaftliche und fiskalische Effekte
einer Förderung der Seniorenwirtschaft
in Nordrhein-Westfalen



Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Die Autoren danken den Herren Rüdiger Budde, Claus Epe, Bernd Fritzsche, Josef Hilbert, Hans Dietrich von Loeffelholz, Hermann Rappen, Markus Scheuer und Christoph M. Schmidt für kritische Anregungen und wertvolle Hinweise

Beim vorliegenden Beitrag handelt es sich um die redaktionell überarbeitete Version eines Gutachtens zum Forschungsvorhaben „Seniorenwirtschaft“ des Instituts Arbeit und Technik im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen.

ISSN 1612-3573

ISBN 3-936454-50-7

Inhalt

1.	Hintergrund der Studie	10
2.	Status quo bei Einkommen und Konsum von Senioren	13
2.1	Einkommen und Sparverhalten der Senioren.	13
2.2	Konsumverhalten der Senioren	16
3.	Empirischer Rahmen	18
3.1	Regional-ökonometrisches Modell	18
3.2	Fiskalische Auswirkungen regionalwirtschaftlicher Veränderungen .	20
4.	Regionalwirtschaftliche und fiskalische Auswirkungen einer Förderung der Seniorenwirtschaft in NRW	22
4.1	Basisszenario: Keine Einflussnahme auf die Seniorenwirtschaft . . .	25
4.2	Szenario 1: Zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten für Rentner und Pensionäre	26
4.3	Szenario 2: Generelle Erhöhung der Erwerbsquote der 55- bis 65-Jährigen	28
4.4	Szenario 3: Gewinnung von Neukunden für die Seniorenwirtschaft von außerhalb NRW	31
4.5	Szenario 4: Stärkere Fokussierung des Konsums der Senioren auf NRW-Produkte	33
4.6	Szenario 5 und 6: Reduktion der Sparquote der Senioren	35
4.7	Szenario 7: Reduktion der Abwanderung von Senioren aus NRW . .	38
4.8	Verknüpfung der Handlungsoptionen zu einer umfassenden Förderstrategie	40
5.	Ergebnisse und Schlussfolgerungen	44
	Literatur	47

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild 1:	Abschätzung der Effekte von Maßnahmen zur Förderung der Seniorenwirtschaft	11
Schaubild 2:	Regionales Strukturmodell für NRW	12
Schaubild 3:	Integration von Senioren in das Wirtschaftsgeschehen	14
Schaubild 4:	Zusammenhang zwischen Einkommen und Sparquote	15
Schaubild 5:	Schenken und Vererben an Junioren sowie Steuern	15
Schaubild 6:	Einnahmen von Senioren nach Kategorien	16
Schaubild 7:	Gesundheitsausgaben nach Altersgruppen	18
Schaubild 8:	Berechnung von Zielgrößen mit Hilfe von REMI	21
Schaubild 9:	Effekte eines Szenarios	23
Schaubild 10:	Basisszenario für NRW	24
Schaubild 11:	Beschäftigung im Pflegebereich im Basisszenario	25
Schaubild 12:	Minijobber nach Altersklassen	26
Schaubild 13:	Effekte einer Erhöhung der Kaufkraft von Senioren durch mehr Minijobs	28
Schaubild 14:	Erwerbsquote von Senioren	29
Schaubild 15:	Effekte einer Erhöhung der Erwerbsquote der Senioren	30
Schaubild 16:	Effekte der Gewinnung von Neukunden für die Seniorenwirtschaft von außerhalb NRW	32
Schaubild 17:	Effekte der Fokussierung des Konsums der Senioren auf Produkte aus NRW	34
Schaubild 18:	Effekte einer Reduktion der Sparquote der Senioren ohne Auswirkung auf Junioren	37
Schaubild 19:	Effekte einer Reduktion der Sparquote der Senioren mit Auswirkung auf Junioren	38
Schaubild 20:	Wanderung von Senioren nach und aus NRW	39
Schaubild 21:	Effekte einer Reduktion der Abwanderung von Senioren	40
Schaubild 22:	Effekte einer umfassenden Förderstrategie	43

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1:	Konsumausgaben der Senioren in NRW	17
Tabelle 2:	Vertikaler Finanzausgleich	21
Tabelle 3:	Erhöhung der Kaufkraft von Senioren durch mehr Minijobs ab 60	27
Tabelle 4:	Erhöhung der Erwerbsquote für 55- bis 65-Jährige	31
Tabelle 5:	Gewinnung von Neukunden für die Seniorenwirtschaft von außerhalb NRW	33
Tabelle 6:	Stärkere Fokussierung des Konsums der Senioren auf NRW- Produkte	35
Tabelle 7:	Reduktion der Sparquote der Senioren (ohne Auswirkung auf Junioren)	36
Tabelle 8:	Reduktion der Sparquote der Senioren (mit Auswirkung auf Junioren)	36
Tabelle 9:	Reduktion der Abwanderung von Senioren aus NRW	41
Tabelle 10:	Effekte eines kumulativen Szenarios	42
Tabelle 11:	Regionalwirtschaftliche und fiskalische Auswirkungen alterna- tiver Handlungsoptionen zur Förderung der Seniorenwirt- schaft in NRW im Jahr 2010	45

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1:	NRW-Produkte und Seniorenwirtschaft	17
Übersicht 2:	Ausgewählte Determinanten der regionalen Wirtschaft im NRW-Strukturmodell	19
Übersicht 3:	Sektorengliederung des NRW-Strukturmodells	20
Übersicht 4:	Sieben Szenarien werden quantitativ untersucht	23

Ökonomische Ressourcen älterer Menschen – Regionalwirtschaftliche und fiskalische Effekte einer Förderung der Seniorenwirtschaft in Nordrhein-Westfalen

Kurzfassung

Angesichts der gesellschaftlichen Alterung ist es aus volkswirtschaftlicher Sicht unabdingbar, ältere Menschen stärker in das Wirtschaftsgeschehen zu integrieren, einerseits um dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel bei Jüngeren entgegenzuwirken, andererseits um den Sozialstaat zu entlasten. Bisher fehlt es an Untersuchungen, die die volkswirtschaftlichen Effekte möglicher Impulse zur Förderung der Seniorenwirtschaft quantifizieren und dadurch die Kosten der Nichtbeachtung dieser ökonomischen Ressourcen aufzeigen. In der vorliegenden Studie werden Auswirkungen seniorenwirtschaftlicher Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen geschätzt. Dabei werden die Veränderungen im Vergleich mit der zu erwartenden Entwicklung ohne entsprechende Eingriffe abgebildet. Die Prognose erfolgt mit Hilfe eines regional-ökonomischen Modells. Auf Basis dieser Berechnungen werden die Effekte auf Beschäftigung, BIP, Bevölkerung und zusätzliche Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen in NRW geschätzt.

Die untersuchten Handlungsoptionen beziehen sich auf das Erwerbsverhalten und Einkommen der Senioren, die Höhe und Verteilung ihres Konsums und ihr Migrationsverhalten. Sieben Szenarien zeigen anhand von zentralen wirtschaftlichen Kennziffern auf, welche Effekte infolge ausgewählter Impulse zur Förderung der Seniorenwirtschaft im Zeitraum von 2006 bis 2015 zu erwarten sind. Aufgrund der Ergebnisse lässt sich genauer beurteilen, welchen Beitrag ältere Menschen durch ihre Arbeitskraft bzw. als Konsumenten in den nächsten Jahren zusätzlich zur wirtschaftlichen Entwicklung Nordrhein-Westfalens leisten könnten. Bei Nutzung dieses Potenzials können die absehbaren negativen Wirkungen des Rückgangs der Bevölkerung und des Erwerbssperrenpotenzials zumindest abgeschwächt werden.

1. Hintergrund der Studie

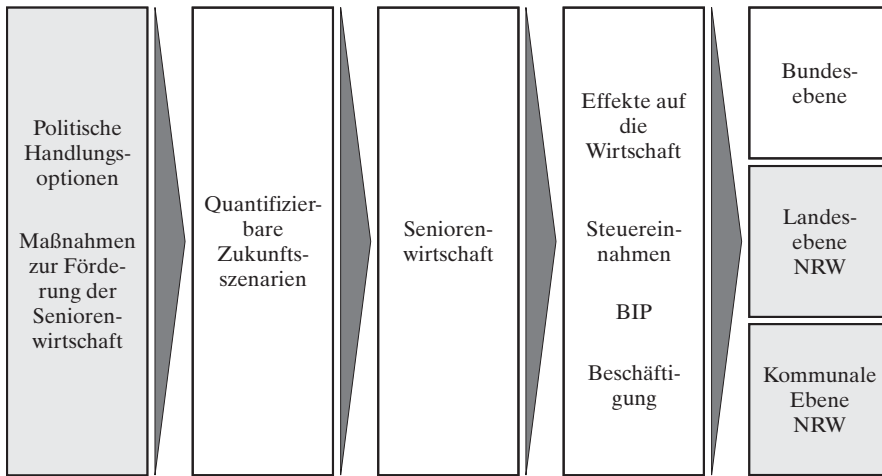
Die gesellschaftliche Alterung wird in der öffentlichen Debatte in erster Linie als Belastung für die Sozial- und Gesundheitssysteme betrachtet. Übersehen wird häufig, dass ältere Menschen aufgrund ihres Einkommens und Vermögens sowie ihrer Kenntnisse und Fertigkeiten auch eine ökonomische Ressource darstellen. Einerseits haben sich mit steigender Lebenserwartung auch der allgemeine Gesundheitszustand und die Leistungsfähigkeit älterer Menschen stark verbessert. Andererseits hat die nun älter werdende erste Generation ohne Kriegswirren erhebliches Vermögen aufbauen können.

Das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter gehen in ihren Bevölkerungsprognosen davon aus, dass die Lebenserwartung in den nächsten Jahrzehnten weiter ansteigen wird. So wird sich der Anteil der über 60-Jährigen an der Bevölkerung in NRW von heute 24 % bis 2020 voraussichtlich auf 28 % und bis 2040 sogar auf etwa ein Drittel erhöhen. Heute kann ein 60-jähriger Mann im Durchschnitt damit rechnen, dass er noch etwa 19 Jahre lebt, Mitte des 21. Jahrhunderts wird ein dann 60-Jähriger weitere 23 Lebensjahre erwarten können. Die so genannte „fernere Lebenserwartung“ einer 60-jährigen Frau wird den Annahmen zufolge sogar von heute 23 auf 28 Jahre ansteigen. Angesichts dessen ist es aus volkswirtschaftlicher Sicht unabdingbar, ältere Menschen stärker in das Wirtschaftsgeschehen zu integrieren, einerseits um den sich abzeichnenden Fachkräftemangel bei Jüngeren zu lindern, andererseits um den Sozialstaat zu entlasten.

Ausgehend von der Überlegung, dass das Altern der Gesellschaft nicht nur mit Belastungen und Risiken verbunden ist, sondern auch mit erheblichen Chancen für Wirtschaft und Beschäftigung, rief das Land NRW im Jahr 1999 die Initiative Seniorenwirtschaft ins Leben und verankerte sie bis 2002 zunächst als Arbeitsgruppe im „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit NRW“. Grundlage der Initiative Seniorenwirtschaft bildet das von der Forschungsgesellschaft für Gerontologie (FFG) und dem Institut Arbeit und Technik (IAT) gemeinsam verfasste Memorandum „Wirtschaftskraft Alter“ (Barkhold et al. 1999). Seit 2002 wird die Landesinitiative Seniorenwirtschaft unter Federführung des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen fortgeführt. Sie verfolgt das Ziel, der wirtschaftlichen Entwicklung in NRW entsprechende Impulse zu geben. Damit verbundene Maßnahmen sollen in zwei Handlungsfeldern gebündelt werden (MGSFF 2003b):

- Gesellschaftspolitik: Verstärkung der gesellschaftlichen Teilhabe und Selbstverwirklichung älterer Menschen;
- Wirtschaftspolitik: Mobilisierung der Kaufkraft älterer Menschen und Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Verbesserung des Waren- und Dienstleistungsangebots für ältere Menschen.

Schaubild 1

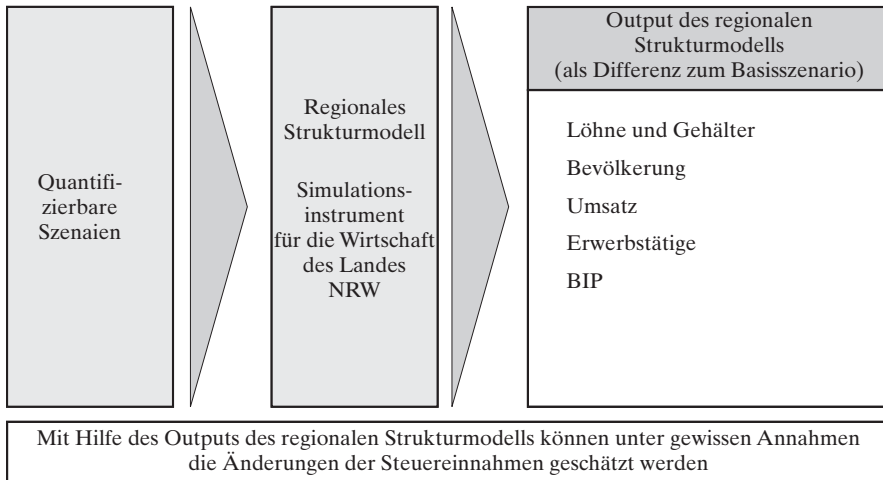
Abschätzung der Effekte von Maßnahmen zur Förderung der Seniorenwirtschaft

Im Zusammenhang mit Strategien zur Bewältigung der demographischen Alterung wird zunehmend darüber diskutiert, die Beteiligung Älterer am Erwerbsleben zu erhöhen (Herfurth et al. 2003). Aus NRW-Sicht liegt es nahe, im Rahmen von Maßnahmen zur Förderung der Seniorenwirtschaft auch die Arbeitskraft der Senioren selbst stärker als ökonomische Ressource zu betrachten. Impulse zur Änderung der bisherigen Trends der Erwerbsbeteiligung Älterer – in den letzten Jahrzehnten gekennzeichnet durch eine sinkende Arbeitsmarktbeteiligung und steigende Verschärfung des Risikos der Arbeitslosigkeit – sind sowohl dem Gesellschafts- als auch dem wirtschaftspolitischen Bereich zuzuordnen.

Bisher fehlt es an Untersuchungen, die die volkswirtschaftlichen Effekte möglicher Impulse zur Förderung der Seniorenwirtschaft quantifizieren und dadurch die Kosten der Nichtbeachtung dieser ökonomischen Ressourcen aufzeigen. In der folgenden Analyse werden daher die Auswirkungen möglicher seniorenwirtschaftlicher Impulse auf

- die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in NRW,
- die Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen,
- den regionalen Arbeitsmarkt,
- die verfügbaren Einkommen und
- die Bevölkerung

Schaubild 2

Regionales Strukturmodell für NRW

im Rahmen verschiedener Szenarien quantifiziert, die die Effekte politischer Handlungsoptionen im Vergleich zur absehbaren Entwicklung ohne entsprechende Eingriffe abbilden (Schaubild 1). Die Formulierung politischer Handlungsvorschläge wird unter Bezugnahme auf die Ergebnisse vorliegender Studien zur Seniorenwirtschaft und eigener Auswertungen auf der Basis verschiedener Mikrodatensätze, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), vorgenommen.

Die Berechnung der regionalwirtschaftlichen Auswirkungen politischer Handlungsoptionen auf NRW erfolgt mit Hilfe eines Strukturmodells für NRW. Dieses regional-ökonomische Modell wurde so adaptiert, dass es als regionalwirtschaftliches Simulationsinstrument für NRW eingesetzt werden kann (Schaubild 2). Auf der Basis dieser Simulationen werden die im Rahmen der verschiedenen Szenarien zu erwartenden fiskalischen Effekte für das Land und die Kommunen in NRW geschätzt. Um die finanzwirtschaftlichen Effekte genauer einordnen zu können, wird nach verschiedenen Steuerarten (Lohn- und Einkommen-, Körperschaft-, Umsatz- und Gewerbesteuer) differenziert. Dabei ist zu beachten, dass die Ergebnisse der Simulationen als Größenordnung der zu erwartenden Effekte zu interpretieren sind. Da im Rahmen einer solchen Schätzung niemals alle volkswirtschaftlichen Zusammenhänge vollständig erfasst werden, ist von einem gewissen Grad an Ungenauigkeit auszugehen.

Im Folgenden wird vor der Operationalisierung ausgewählter Handlungsoptionen zu quantifizierbaren Zukunftsszenarien der analytische und empirische Rahmen abgebildet.

2. Status quo bei Einkommen und Konsum von Senioren

Zur Operationalisierung der „Seniorenwirtschaft“ ist es erforderlich, grundsätzlich festzulegen, an welcher Zielgruppe sich wirtschafts- und gesellschaftspolitische Initiativen orientieren sollen. Eine starre Abgrenzung ist zwar nicht einfach, zur quantitativen Modellierung jedoch erforderlich. Im Folgenden werden Personen im Alter ab 55 Jahren als „Senioren“, die unter-55-Jährigen als „Junioren“ definiert. Diese Abgrenzung wurde auch in der im Rahmen der Landesinitiative Seniorenwirtschaft durchgeführten Befragung zur Einkommenssituation und -verwendung älterer Menschen in NRW (MGSFF 2003a) gewählt.

Als analytischer Rahmen für die folgenden Simulationen werden zunächst die wirtschaftliche Verflechtung der Senioren sowie der *status quo* ihrer Einkommenshöhe und -verwendung beleuchtet. Basierend auf dieser Bestandsanalyse wird untersucht, wie sich mögliche seniorenspezifische Impulse auf die Regionalwirtschaft insgesamt sowie auf die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt auswirken könnten. Um die Interpretation der Berechnungen überschaubar zu halten, wird die wirtschaftliche Integration eines repräsentativen Seniors betrachtet. Eine Differenzierung nach Einkommens- und Lebensstiltypen der Senioren ist auf der Basis der vorliegenden Daten nur schwer möglich und würde den Rahmen dieser Analyse sprengen.

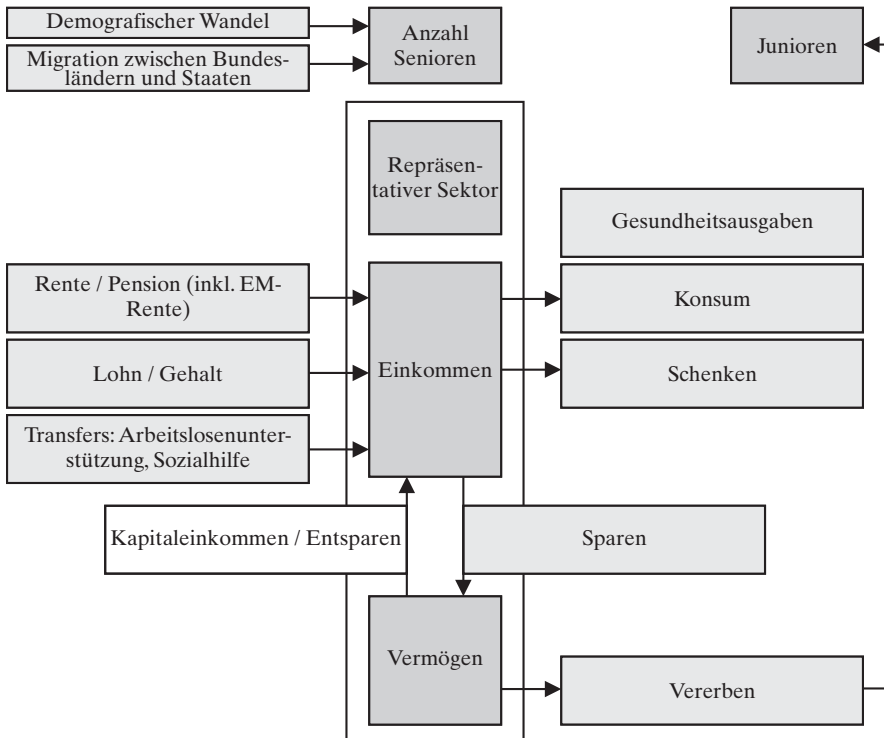
Die Gruppe der über 55-Jährigen umfasst in NRW derzeit 5,3 Mill. Personen (30 % der Bevölkerung), denen 12,7 Mill. Junioren (70 %) gegenüber stehen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Senioren hängt von der Höhe ihrer Einkommen, von ihrer Einkommensverwendung sowie von ihrer Kohortengröße ab (Schaubild 3). Impulse zur Förderung der Seniorenwirtschaft können an der Einnahmen-, der Ausgabenseite und am Migrationsverhalten ansetzen.

2.1 Einkommen und Sparverhalten der Senioren

Strategien zur Beeinflussung des Sparverhaltens der Senioren können nur unter Kenntnis der Motive entwickelt werden, die zur Ersparnis führen. Wie empirische Studien belegen, lässt sich die Ersparnisbildung in Abhängigkeit vom Alter nicht allein durch ein Lebenszyklusmodell erklären (Arnds, Bonin 2003: 173). Ein solches Modell würde unterstellen, dass private Ersparnisbildung hauptsächlich aus dem Motiv der Vorsorge erfolgt, z.B. während der Erwerbsphase mit höherem für eine nachfolgende Ruhestandsphase mit niedrigem Einkommen. Wäre ausschließlich das Vorsorgemotiv relevant, müssten Personen im Ruhestand eine rückläufige oder sogar negative Sparquote aufweisen. Dies ist jedoch nicht zu beobachten.

Tatsächlich ist die Sparquote, d.h. der Anteil der Ersparnis am ausgabefähigen Einkommen, in der Altersgruppe über 70 Jahre höher als in der Gruppe der

Schaubild 3

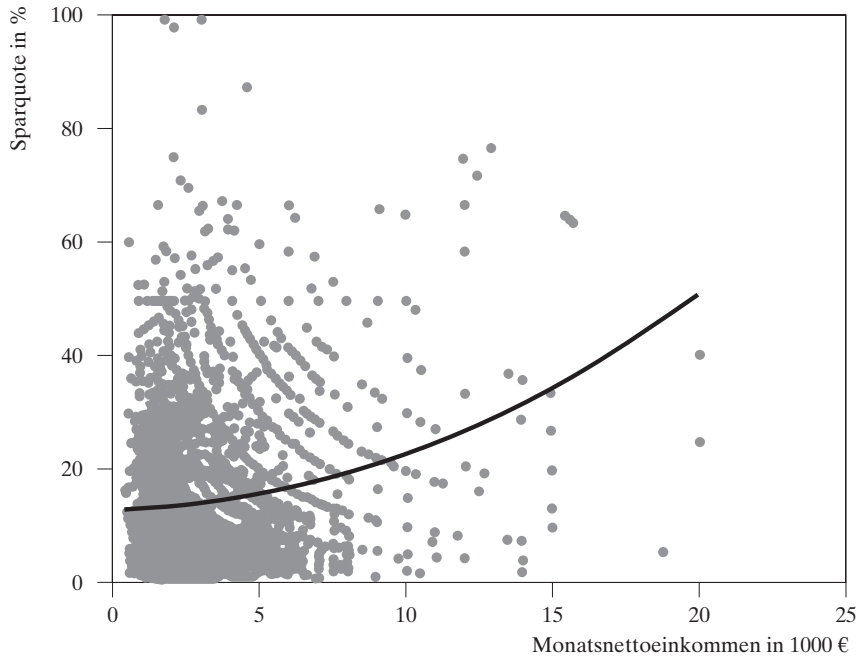
Integration von Senioren in das Wirtschaftsgeschehen

65- bis 70-Jährigen (6,2 % gegenüber 4,9 % 1999; Arnds, Bonin 2003: 175). Die höchste Sparquote (14,5 %) ist im fortgeschrittenen Erwachsenenalter zu beobachten, wenn das Einkommen relativ hoch ist, die Ausgaben für langfristige Anschaffungen und Kindererziehung dagegen zurückgehen. Unabhängig vom Alter steigt die Sparquote mit der Höhe des Einkommens (Schaubild 4).

Als ergänzende Erklärungen für die Ersparnisbildung spielen das Vorsichts- und das Vererbungsmotiv eine Rolle. Wird die Ersparnis nicht für den eigenen Bedarf verbraucht, wird sie in der Regel vererbt oder verschenkt. Private Ersparnis der Senioren bedeutet also keinen dauerhaften Konsumverzicht, sondern lediglich eine Verzögerung des Konsums. Zu Steuereinnahmen und gesamtwirtschaftlichen Impulsen führen Ersparnisse im Vererbungs- bzw. Verschenkungsfall sofort in Form von Erbschaft- und Schenkungsteuern und verzögert – je nach Verwendung des Erbes bzw. der Schenkung – durch Konsum bzw. u.U. durch den Zinsabschlag (Schaubild 5). Eine Senkung der Sparquote der Senioren bedeutet früheren, nicht notwendigerweise mehr Konsum. An

Schaubild 4

Zusammenhang zwischen Einkommen und Sparquote



Nach Angaben des SOEP 2002.

Schaubild 5

Schenken und Vererben an Junioren sowie Steuern

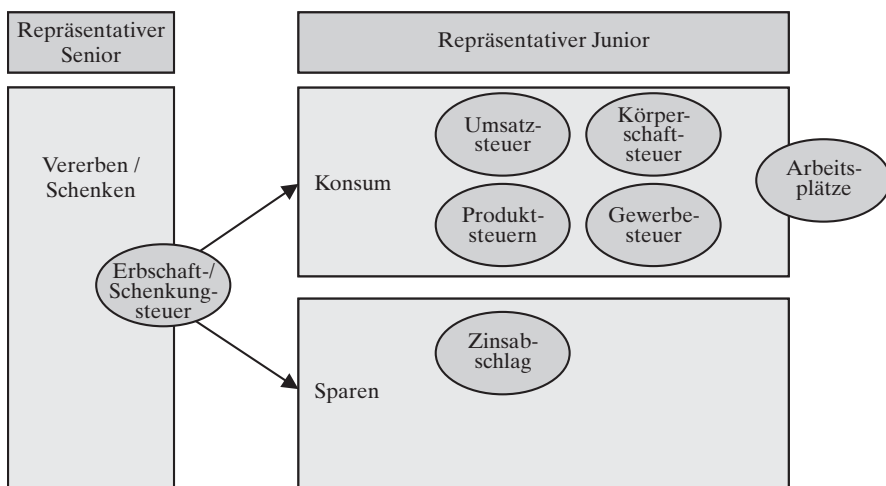
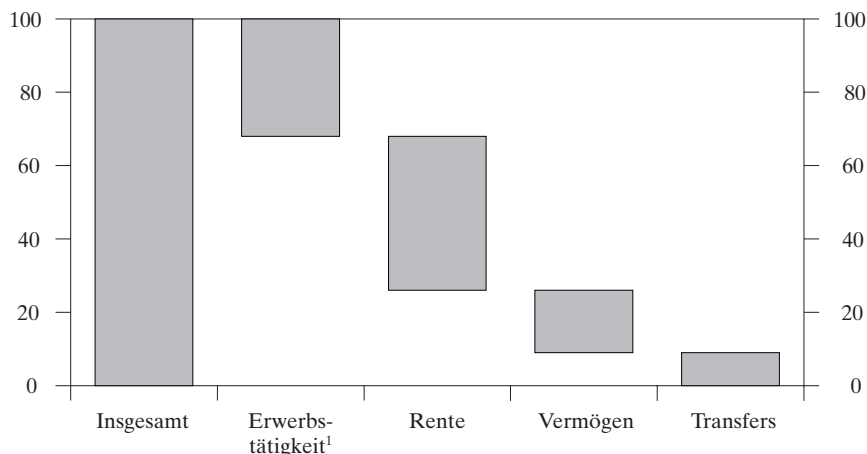


Schaubild 6

Einnahmen von Senioren nach Kategorien

Anteil am Haushaltsbruttoeinkommen in %



Nach Angaben der EVS 1998. – ¹Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit und aus Untervermietung.

dieser Stelle besteht noch Forschungsbedarf. So kann Vererbung im Zuge des demographischen Wandels dazu führen, dass viel Vermögen in wenige Hände gelegt wird, die aufgrund des Vermögenszuwachses jedoch eine höhere Sparquote aufweisen als ihre Eltern.

Die Seniorenhaushalte, definiert über das Alter des Haushaltsvorstands, verfügten in NRW 2004 insgesamt über ein Bruttoeinkommen von etwa 125 Mrd. €. Dieses setzt sich zusammen aus Erwerbseinkommen (32 %), Renten und Pensionen (42 %), Einnahmen aus Vermögen (17 %) und sonstigen Transferleistungen (z.B. Arbeitslosengeld, Sozialhilfe; 9 %; Schaubild 6). Vom verfügbaren Einkommen der Seniorenhaushalte (insgesamt etwa 97 Mrd. € 2004) werden etwa 9 % bzw. 9 Mrd. € gespart.

2.2 Konsumverhalten der Senioren

Die senienwirtschaftlichen Szenarien gehen vom aktuellen Konsumverhalten, d.h. der Zuordnung des Konsums auf die einzelnen Sektoren aus. Die Konsumausgaben der NRW-Senioren in Höhe von etwa 89 Mrd. € 2004 (Tabelle 1) entfallen zu etwa drei Vierteln auf „NRW-Produkte im engeren Sinn“, d.h. auf Wirtschaftszweige, deren Güter überwiegend in NRW produziert werden; dies sind Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Wohnen, Tourismus und Gastronomie, Gesundheits- und Sozialwesen. 40 % des Konsums entfallen auf

Tabelle 1

Konsumausgaben der Senioren in NRW
2004

Wirtschaftszweig	in Mill. €	Anteil in %
Nahrung	7 873	8,9
Genussmittel	3 937	4,4
Kleidung	4 698	5,3
Wohnen und Energie	30 600	34,5
Haushaltsgeräte	6 467	7,3
Gesundheits- und Sozialwirtschaft	4 305	4,9
Verkehr	9 768	11,0
Nachrichtenübermittlung	2 080	2,3
Tourismus, Freizeit	10 670	12,0
Bildung	231	0,3
Gastronomie	4 144	4,7
Sonstige	3 838	4,3
Insgesamt	88 610	100

Eigene Schätzung auf Basis der EVS 1998.

die „Seniorenwirtschaft im engeren Sinn“, d.h. auf Wirtschaftszweige, in denen seniorenspezifische Produkte angeboten werden bzw. in denen es den Überlegungen der Landesinitiative zufolge nahe liegt, spezielle Seniorenprodukte anzubieten (MGSFF 2003b; Übersicht 1). Dies sind die oben genannten Güter außer Wohnen. Die folgenden Szenarien mit Bezug zum Konsumverhalten der Senioren beruhen auf der Annahme, dass gerade diese Wirtschaftszweige neue seniorenspezifische Produkte entwickeln und dadurch zur Steigerung der Konsumausgaben in NRW durch Ältere im Land beitragen.

Übersicht 1

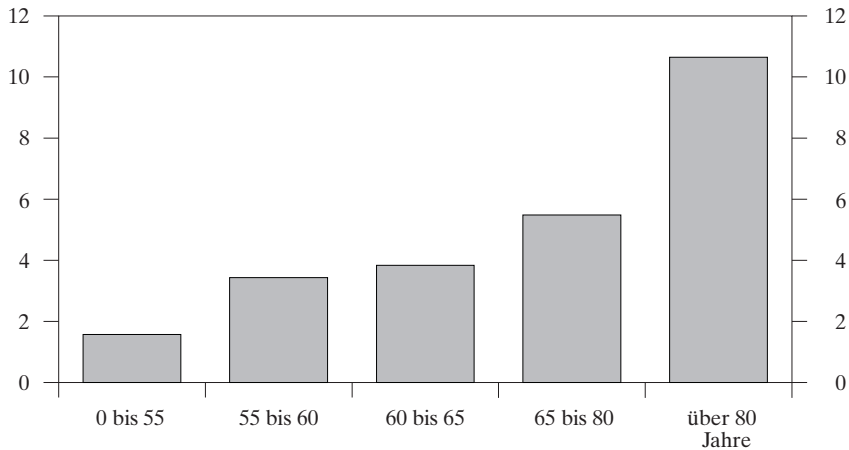
NRW-Produkte und Seniorenwirtschaft

NRW-Produkte im engeren Sinne	Seniorenwirtschaft im engeren Sinne
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
Kredit- und Versicherungsgewerbe	Kredit- und Versicherungsgewerbe
Wohnen	Wohnen
Fahrzeughandel	Fahrzeughandel
Groß- und Einzelhandel	Groß- und Einzelhandel
Hotels & Restaurants	Hotels & Restaurants
EDV-Dienstleistungen	EDV-Dienstleistungen
Forschung und Entwicklung	Forschung und Entwicklung
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen
Bildung	Bildung
Gesundheits- und Sozialwesen	Gesundheits- und Sozialwesen
Sonstige Dienstleistungen	Sonstige Dienstleistungen

Schaubild 7

Gesundheitsausgaben nach Altersgruppen

2002; in 1000 € je Einwohner



Nach Angaben in Statistisches Bundesamt 2004.

Die Gesundheitsleistungen, die Senioren in Anspruch nehmen, werden zum großen Teil nicht von ihnen direkt, sondern über private oder gesetzliche Krankenversicherungen finanziert. Gerade bei Senioren stellen sie einen beträchtlichen Teil der Nachfrage dar (Schaubild 7). Gleiches gilt für Pflegeleistungen. Das verwendete Simulationsmodell berücksichtigt diese zusätzlichen Ausgabenströme. Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Gesundheitswirtschaft wird daher weniger über die auf sie entfallenden Konsumausgaben als vielmehr über die Krankheitskosten erfasst.

Vor der Analyse der regionalwirtschaftlichen Effekte von Impulsen auf die Seniorenwirtschaft wird der empirische Rahmen, d.h. das regional-ökonomische Modell sowie die Berechnungsgrundlagen der fiskalischen Auswirkungen der Regionaleffekte, erläutert.

3. Empirischer Rahmen

3.1 Regional-ökonomisches Modell

Ein Standardansatz der empirischen Analyse von wirtschaftlichen Verflechtungen ist die sog. Input-Output-Analyse. Mit ihrer Hilfe werden die Lieferbeziehungen (Vorleistungsverflechtungen) zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Sektoren, Industrien) und/oder Regionen einer Volkswirtschaft grundrissartig erfasst. Dabei werden die Verflechtungen der einzelnen Produktionsbereiche sowie deren Beiträge zur Wertschöpfung sichtbar. Jedoch

Übersicht 2

Ausgewählte Determinanten der regionalen Wirtschaft im NRW-Strukturmodell

Inhalt	Methodik
Migration	Input-Output-Modell für die Produktion
Demographie	Demographisches Prognosemodell
Angebots- und Nachfrageverhalten Erwerbsverhalten Produktion	Gravitationstheoretische und ökonometrische Modelle zur Preismittlung und Simulation der Märkte

bildet die Input-Output-Analyse weder die Wirkungen ab, die zusätzlich nachgefragte Leistungen auf die Einkommensverwendung und das regionale Angebot an Gütern ausüben, noch berücksichtigt sie die Interdependenzen zum Arbeitsmarkt.

Um diese Effekte bei der Analyse wirtschaftlicher Impulse und Verflechtungen mit zu berücksichtigen, wurde das regional-ökonometrische Modell in Zusammenarbeit zwischen RWI und REMI (*Regional Economic Models, Inc.*) so adaptiert, dass es sich für Modellrechnungen mit Bezug zur NRW-Wirtschaft eignet¹ (RWI 2003; Übersicht 2 und 3). Das Modell kombiniert verschiedene Berechnungskomponenten:

- Mit Hilfe einer erweiterten Input-Output-Analyse werden neben der Vorleistungsverflechtung Nachfrage- und Konsumeffekte abgebildet.
- Das Verhalten einzelner Gruppen von Wirtschaftsakteuren wird mittels Gleichgewichtsmodellen simuliert, wobei insbesondere Veränderungen der Konsum- und Immobilienpreise, der Löhne und Gehälter und der Produktionskosten als Einflussfaktoren herangezogen werden. Damit werden die Gleichgewichte auf den regionalen Faktormärkten festgelegt, wobei räumliche Verhaltensweisen wie Agglomerations- und Diffusionsphänomene mittels der Annahmen der Neuen Ökonomischen Geographie (Fujita et al. 1999) abgebildet werden. Ferner werden u.a. gravitationstheoretische Methoden (Eckey et al. 1990) herangezogen.

Mit diesem dynamischen Modell werden Simulationen und Prognosen auf jährlicher Basis errechnet. Obwohl dieses komplexe System mehrere 1 000 Gleichungen beinhaltet, kann es in fünf Segmente strukturiert werden:

- Produktion und Nachfrage;
- Nachfrage nach Kapital und Arbeit;
- Bevölkerung und Arbeitskräftepotenzial (Demographie);
- Lohn Einkommen, Preise und Produktionskosten;
- Marktanteile.

¹ Entsprechende Simulationen sind ebenfalls nur für das Ruhrgebiet bzw. für NRW ohne das Ruhrgebiet möglich.

Übersicht 3

Sektorengliederung des NRW-Strukturmodells

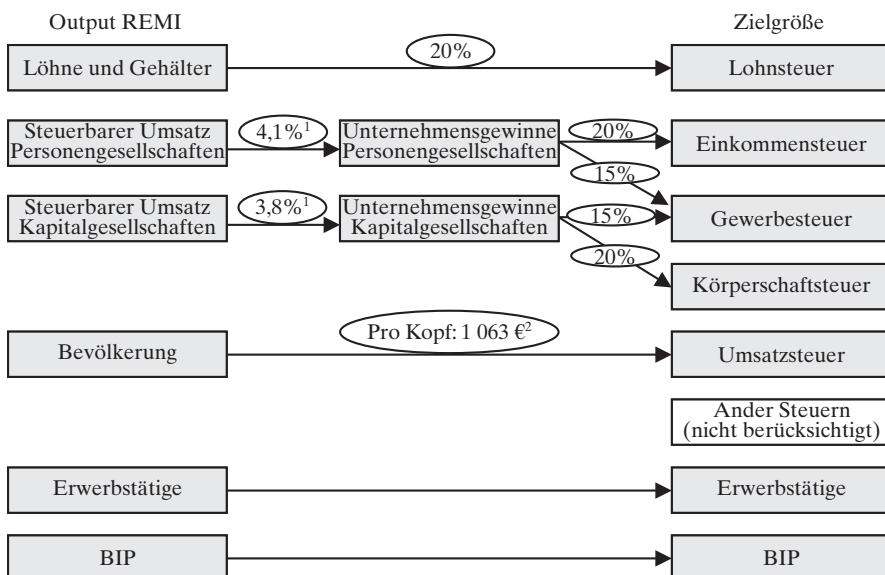
Landwirtschaft, Bergbau und Produzierendes Gewerbe: 17 Sektoren	Dienstleistungen: 13 Sektoren
Land- und Forstwirtschaft, Fischereiwesen	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
Bergbau	Kredit- und Versicherungsgewerbe
Holzgewerbe	Immobilienwirtschaft
Glasgewerbe, Keramik, Steine und Erden	Fahrzeughandel
Metallerzeugung und -bearbeitung	Groß- und Einzelhandel
Maschinenbau	Hotels & Restaurants
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	EDV-Dienstleistungen
Fahrzeugbau	Forschung und Entwicklung
Herstellung sonstiger Erzeugnisse	Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen
Ernährung, Tabak	Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung
Textilien und Bekleidung	Bildung
Leder und Lederprodukte	Gesundheits- und Sozialwesen
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	Sonstige Dienstleistungen
Chemie, Mineralölverarbeitung	
Gummi- und Kunststoffwaren	
Energie- und Wasserversorgung	
Baugewerbe	

Die Segmente sind vielfältig miteinander verbunden und beeinflussen sich gegenseitig: So werden im Bereich der Produktion auch die Einflüsse berücksichtigt, die sich aufgrund von Änderungen der Produktivitäten in der Zwischennachfrage ergeben. Weiterhin beeinflusst das Segment „Bevölkerung und Arbeitskräftepotenzial“ den Bereich „Lohneinkommen, Preise und Produktionskosten“, da das Arbeitsangebot in einer Region u.a. von den demographischen Alterskohorten und dem Wanderungsverhalten abhängt.

3.2 Fiskalische Auswirkungen regionalwirtschaftlicher Veränderungen

Auf Basis des Outputs des regionalen Strukturmodells können die Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen durch regionalwirtschaftliche Impulse geschätzt werden. Der Schätzung liegen u.a. Annahmen über durchschnittliche Steuersätze und die Verteilung der Steuereinnahmen auf Bund, Länder und Gemeinden (vertikaler und horizontaler Finanzausgleich) zugrunde. Die entsprechenden Durchschnitts- und Näherungswerte sind in Schaubild 8 und Tabelle 2 dargestellt. Sie beruhen auf Angaben des Bundesministeriums der Finanzen, der Deutschen Bundesbank (1999, 2003) sowie des Statistischen Bundesamts. Zur Berücksichtigung des horizontalen Länderfinanzausgleichs nehmen wir eine Grenzbelastungsquote von 50 % an, d.h. jede Steuermehreinnahme bleibt nur zur Hälfte NRW. Dies basiert auf historischen Werten.

Schaubild 8

Berechnung von Zielgrößen mit Hilfe von REMI

¹Umsatzrendite vor Steuern, Deutsche Bundesbank, Angaben aus 1999 und 2000. – ²Verteilung auf die Länder im Wesentlichen nach Köpfen und deren Finanzkraft.

Tabelle 2

Vertikaler Finanzausgleich

Schlüssel von 2004; Anteil an den Steuereinnahmen in %

	Bund	Länder	Kommunen
Im Modell berücksichtigt			
Lohn- und Einkommensteuer	42,5	42,5	15
Körperschaftsteuer	50	50	0
Umsatzsteuer ¹	61	37	2
Gewerbesteuer	0	0	100
Zinsabschlag	44	44	12
Erbschaft-, Schenkungsteuer	0	100	0
Solidaritätszuschlag	100	0	0
Produktsteuern			
Versicherungsteuer	100	0	0
Tabaksteuer	100	0	0
Mineralölsteuer	100	0	0
Stromsteuer	100	0	0
Grunderwerbsteuer	0	100	0
Kfz-Steuer	0	100	0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

4. Regionalwirtschaftliche und fiskalische Auswirkungen einer Förderung der Seniorenwirtschaft in NRW

Um die wirtschaftlichen Effekte von Handlungsoptionen errechnen zu können, müssen die zur Umsetzung erforderlichen Maßnahmen durch ökonomische Einflussgrößen abgebildet werden. Je detaillierter dies erfolgt, desto genauer kann i.d.R. die Abschätzung der Wirkungen vorgenommen werden.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wird der Frage nachgegangen, wie sich verschiedene seniorenorientierte Handlungsansätze im Vergleich zueinander auf die Wirtschaft in NRW auswirken können. Zu diesem Zweck werden verschiedene Szenarien abgeleitet, die auf Annahmen hinsichtlich der ökonomischen Impulse politischer Einflüsse beruhen. Um die Effekte einzelner politischer Maßnahmen konkret zu beurteilen, wird ihre Wirkung jeweils unter der Voraussetzung betrachtet, dass alle anderen Rahmenbedingungen gleich bleiben. Bei diesen *ceteris paribus*-Szenarien handelt es sich um vereinfachte Modelle, die die Wirtschaftsentwicklung hinsichtlich der Auswirkungen einzelner Parameteränderungen bewerten. Aufgrund des explorativen Anliegens der Untersuchung erscheint es angebracht, zunächst die möglichen Wirkungen einzelner Maßnahmen isoliert zu bewerten. Anschließend wird versucht, die komplexe politische Handlungsrealität durch ein kumulatives Szenario abzubilden.

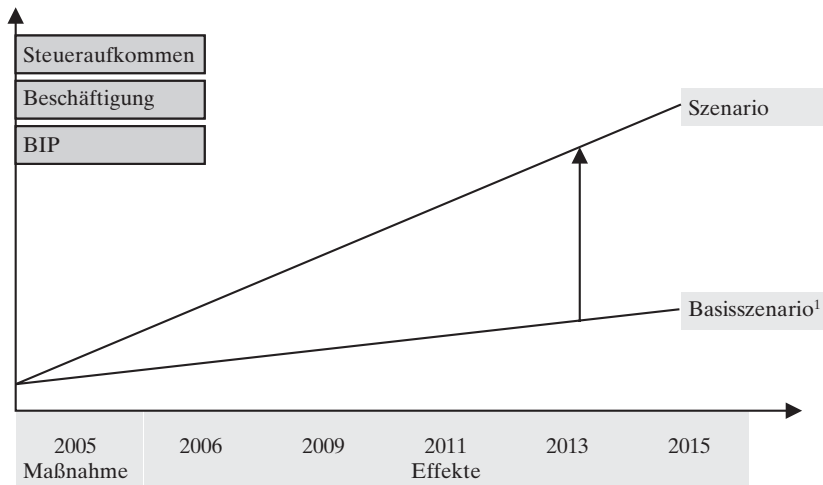
Die untersuchten Handlungsoptionen setzen an den eingangs erläuterten politischen Möglichkeiten zur Förderung der Seniorenwirtschaft an (Schaubild 3) und beziehen sich auf

- das Erwerbsverhalten und Einkommen der Senioren;
- ihre Konsumorientierung auf bestimmte Waren oder Dienstleistungen;
- die Höhe des Konsums durch Änderung des Sparverhaltens;
- das Migrationsverhalten der Senioren.

In sieben Szenarien (Schaubild 9 und Übersicht 4) wird geschätzt, welche Differenz sich durch die jeweilige Handlungsoption bei wichtigen wirtschaftlichen Kennziffern (Beschäftigung, Einkommen, Umsatz, BIP und Steueraufkommen; jeweils in Preisen von 2004) im Vergleich zum Basisszenario im Zeitraum von 2006 bis 2015 voraussichtlich einstellen wird. Die Durchführung der Maßnahme wird für das Jahr 2005 angesetzt, so dass signifikante Wirkungen ab 2006 unterstellt werden können.

Szenario 1 zielt auf eine Erhöhung der Erwerbseinkommen der Senioren durch Schaffung weiterer Minijobs. Szenario 2 untersucht die Effekte einer generellen Erhöhung der Erwerbsquote der 55 bis 65-Jährigen. Szenario 3 unterstellt die Gewinnung von älteren Kunden, deren Wohnsitz außerhalb von NRW liegt, durch Entwicklung spezieller Seniorenprodukte (z.B. Ausflugsan-

Schaubild 9

Effekte eines Szenarios

¹Durch Fortschreibung bisheriger Entwicklungen und aufgrund der erwarteten demographischen Änderungen.

gebote in landschaftlich attraktive Randgebiete oder Städte von NRW). Szenario 4 betrachtet die Wirkungen einer möglichen stärkeren Umorientierung des Konsums der Senioren auf NRW-Produkte. Die Szenarien 5 und 6 unterstellen eine Reduktion des Sparverhaltens der Senioren durch Ausweitung seniorenspezifischer Produkte und Dienstleistungen, jeweils ohne bzw. mit Berücksichtigung der dadurch verringerten Vererbung/Verschenkung. Szenario 7 geht als „Demographie- bzw. Migrationszenario“ den Effekten einer Beeinflussung des Bestands an Einwohnern im Seniorenalter, d.h. einer Reduktion der Abwanderung von Senioren nach. Das abschließende kumulative Szenario bildet die simultane Wirkung ausgewählter Szenarien ab.

Übersicht 4

Sieben Szenarien werden quantitativ untersucht

Szenario	Maßnahme
S1	Erhöhung der Einnahmen für Senioren: „Minijobs für Senioren ab 60“
S2	Erhöhung der Erwerbsquote der 55 bis 65-jährigen
S3	Gewinnung von Neukunden für die Seniorenwirtschaft von außerhalb NRW
S4	Stärkere Fokussierung des Konsums der Senioren auf NRW-Produkte
S5	Reduktion der Sparquote der Senioren (ohne Auswirkung auf Junioren)
S6	Reduktion der Sparquote der Senioren (mit Auswirkung auf Junioren)
S7	Reduktion der Abwanderung von Senioren aus NRW

Schaubild 10

Basisszenario für NRW

2004 bis 2015

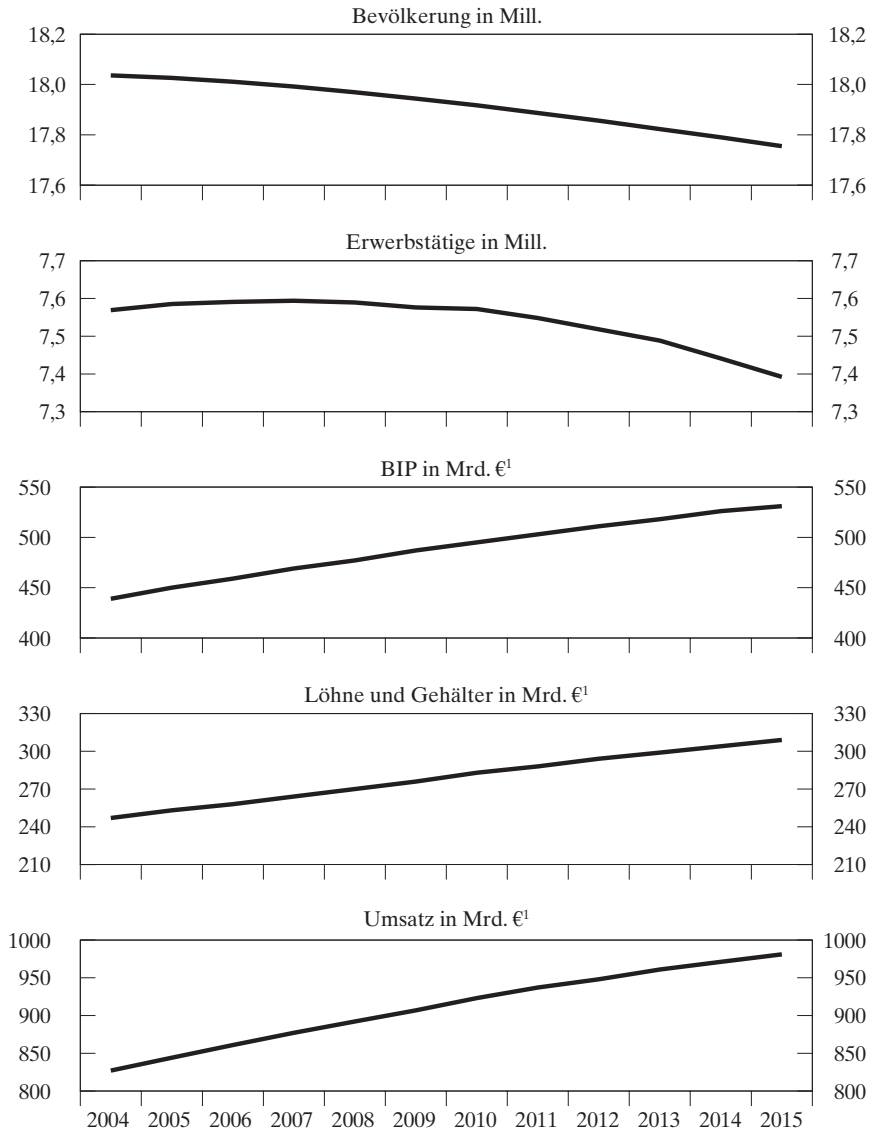
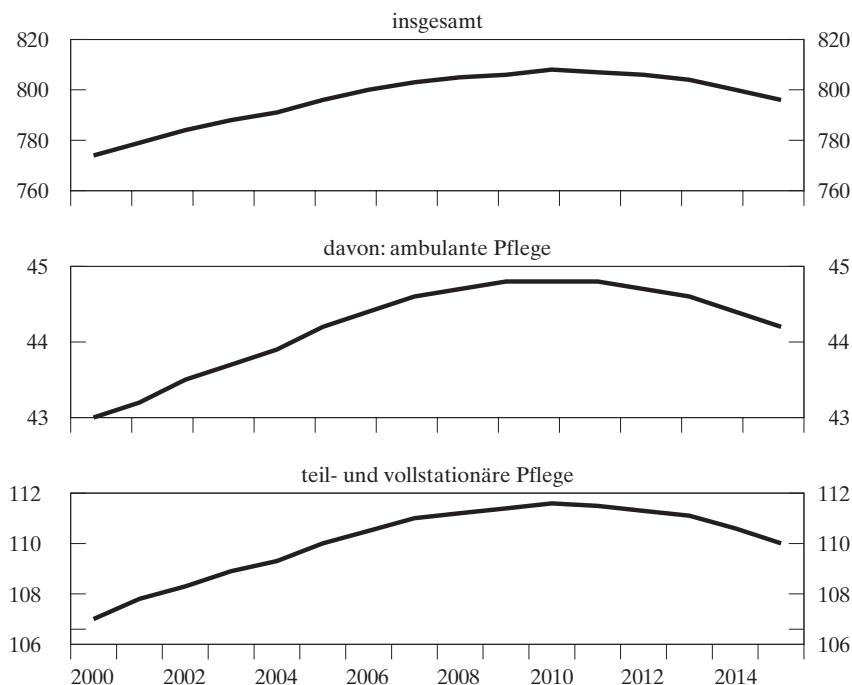
Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004.

Schaubild 11

Beschäftigung im Pflegebereich im Basisszenario

2000 bis 2015; in 1000



Eigene Berechnungen.

4.1 Basisszenario: Keine Einflussnahme auf die Seniorenwirtschaft

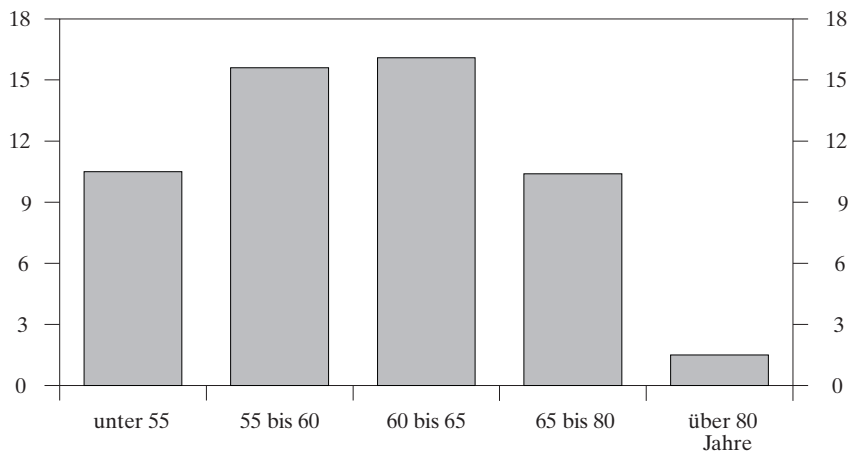
Das Basisszenario berücksichtigt die vorliegenden Bevölkerungsprognosen und die NRW-spezifischen Wirtschaftszusammenhänge (z.B. Sektoralstruktur, Vorleistungsverflechtung, Produktivität, Löhne und Gehälter, Erwerbstätigkeit). Unter den gegebenen Voraussetzungen zeichnet sich bis 2015 ein Rückgang der Bevölkerung um etwa 280 000 Personen und der Zahl der Erwerbstätigen um 180 000 ab. Angesichts weiter zunehmender Produktivität werden sich aber die gesamtwirtschaftliche Leistung (13 % bis 2010, 21 % bis 2015), die Löhne und Gehälter (15 % bzw. 25 %) sowie der Umsatz (12 % bzw. 19 %) weiter erhöhen (Schaubild 10).

Im Gesundheits- und Sozialwesen wird sich die Zahl der Beschäftigten bis 2010 voraussichtlich weiter erhöhen (2 % bzw. 16 500), anschließend aber wieder leicht abnehmen (Schaubild 11). Damit wird unterstellt, dass parallel zum Bevölkerungsrückgang auch eine Abnahme der Beschäftigung im Gesund-

Schaubild 12

Minijobber nach Altersklassen

2004; Anteil in %



Eigene Berechnungen nach Angaben der Bundesknappschaft und des Statistischen Bundesamtes.

heitssektor stattfindet. Angesichts der demographischen Alterung ist es jedoch denkbar, dass eine stärkere Beachtung der ökonomischen Ressourcen älterer Menschen hier zu einer Änderung führt (MFJFG 2001: 136).

4.2 Szenario 1: Zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten für Rentner und Pensionäre

Ausgehend von der gegenwärtigen Beschäftigung der Senioren in Minijobs (Schaubild 12) wird davon ausgegangen, dass Senioren im Alter von 60 bis 75 Jahren ihre Minijobaktivitäten ausbauen. Entsprechende Arbeitsangebote werden in drei Sektoren geschaffen: Groß- und Einzelhandel, Öffentlicher Dienst und Sonstige Dienstleistungen. Es wird angenommen, dass zusätzlich etwa 10 % der Einwohner im Alter von 60 bis 75 (insgesamt 3 042 284 Personen 2002) ihr Einkommen durch Minijobs aufbessern. Dies führt zu einer Erhöhung der Erwerbseinkommen um 1,46 Mrd. € pro Jahr. Dieses im Vergleich zum Basisszenario zusätzliche Erwerbseinkommen und die Zahl der Minijobber bleiben über den gesamten Beobachtungszeitraum konstant. Da die Bevölkerung insgesamt zurückgeht, nimmt der Anteil der zusätzlichen Minijobber dieser Altersgruppe von 10 % (2002) auf 10,3 % (2010) bzw. 10,5 % (2015) zu. Finanziert wird das Angebot an Minijobs zum Teil durch Senkung der Sozialversicherungsbeiträge.

Durch diese Erhöhung der (nicht steuerpflichtigen) Erwerbseinkommen werden zusätzlich weitere (steuerpflichtige) Löhne und Gehälter generiert, die im

Tabelle 3

Erhöhung der Kaufkraft von Senioren durch mehr Minijobs ab 60

Definition des Szenarios	Effekt im Jahr 2010 ¹		
10 % der Senioren zwischen 60 und 75 Jahren erhöhen ihr Einkommen durch Annahme von Minijobs mit monatlicher Entlohnung über 400 €	Löhne und Gehälter, in Mill. €	3 497	
	Bevölkerung	639	
	Umsatz, in Mill. €	-6 818	
	Erwerbstätige	50 350	
	BIP, in Mill. €	-4 089	
Anzahl Senioren zwischen 60 bis 75: 3 042 284			
Erhöhung der Kaufkraft um 1,46 Mrd. € pro Jahr	Land	Gemeinden	
	Steuern, in Mill. €	181,7	45,5
Verteilung der Minijobs zu je einem Drittel auf Handel, Öffentlichen Dienst und Sonstige Dienstleistungen	Lohn-, Einkommensteuer, in Mill. €	210,1	74,2
	Körperschaftsteuer, in Mill. €	-28,7	0
	Gewerbesteuer, in Mill. €	0	-28,7
Finanzierung der Minijobs durch Senkung der Sozialversicherungsbeiträge. Die Arbeitsproduktivität verändert sich proportional zu den zusätzlichen Arbeitsplätzen und Einkommen	Umsatzsteuer, in Mill. €	0,3	0
	Verlust durch LFA ² , in Mill. €	90,9	

Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004. – ²Horizontaler Länderfinanzausgleich.

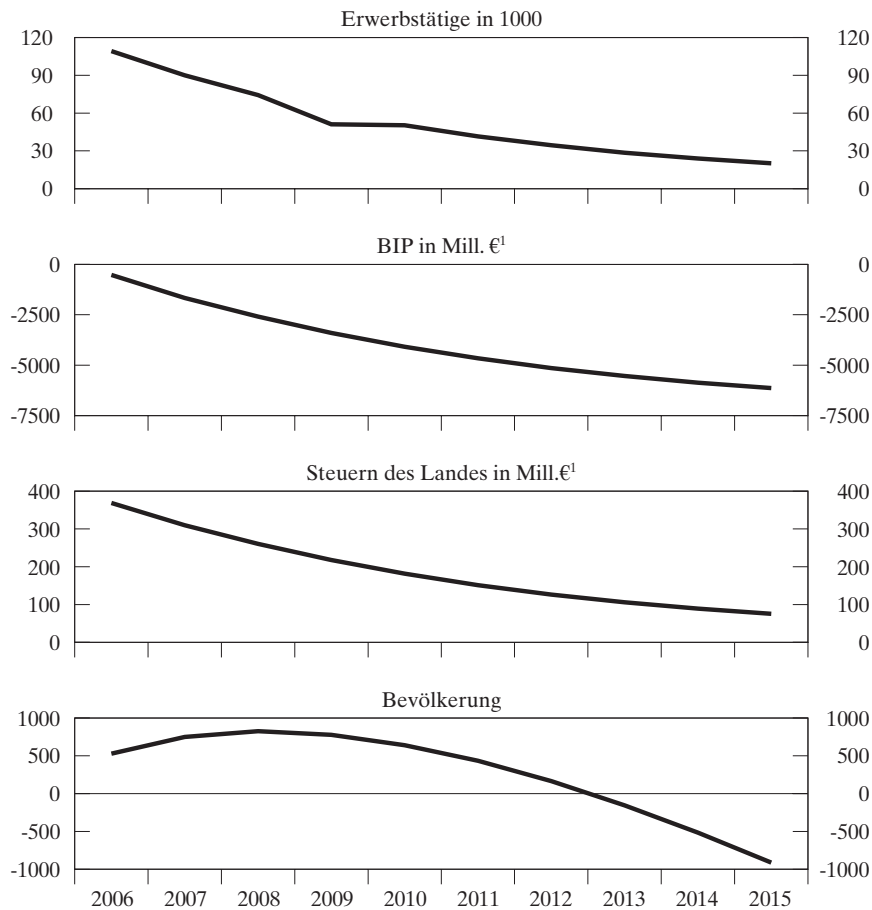
Jahr 2010 um 2,248 Mrd. € über denen des Basisszenarios liegen (Tabelle 3; 1,270 Mrd. € 2015). Einschließlich der nicht steuerpflichtigen Minijoblöhne erhöht sich das Erwerbseinkommen um 3,497 Mrd. € (2010) bzw. 2,730 Mrd. € (2015). Erwartungsgemäß ist die Beschäftigung deutlich höher als im Basis-szenario. Allerdings verringert sich proportional dazu die Produktivität, denn die zusätzlichen Erwerbseinkommen werden in diesem Szenario nicht durch gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften infolge wirtschaftlicher Leistungssteigerungen, sondern durch Senkung der Sozialbeiträge geschaffen. Mit sinkender Produktivität verringern sich der Umsatz und das BIP. Einbußen sind somit bei der Körperschaftsteuer festzustellen. Das zusätzliche Aufkommen an Lohn- und Einkommensteuer überwiegt jedoch gegenüber den Verlusten bei der Körperschaftsteuer. Die Gemeinden hätten unter den Bedingungen dieses Szenarios zusätzliche Steuereinnahmen von 45 Mill. € bis 2010, jedoch -0,9 Mill. € im Jahr 2015, das Land NRW (nach Abzug des Beitrags zum horizontalen Länderfinanzausgleich) von über 90 Mill. € bzw. 37 Mill. € zu erwarten.

Angesichts der sinkenden regionalwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit insgesamt nehmen die anfangs erheblichen Beschäftigungseffekte im Zeitverlauf ab. Die Zunahme gegenüber dem Basisszenario geht von ursprünglich 100 000 Beschäftigten (2006) bis 2015 auf etwa 20 000 zurück (Schaubild 13). Mit den zusätzlichen Löhnen und Gehältern verbinden sich in der Simulation leichte Agglomerationseffekte in Bezug auf den Bevölkerungsstand, die allerdings im Zeitverlauf nachlassen und infolge der sinkenden Produktivität ab 2013 sogar negativ werden. Insgesamt kann die Schaffung von Erwerbseinkommen durch Minijobs den ermittelten Effekten zufolge sicher nur eine

Schaubild 13

Effekte einer Erhöhung der Kaufkraft der Senioren durch mehr Minijobs

2006 bis 2015; Abweichung vom Basisszenario

Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004.

Teilstrategie im Rahmen der stärkeren Beachtung der Ressourcen älterer Menschen darstellen.

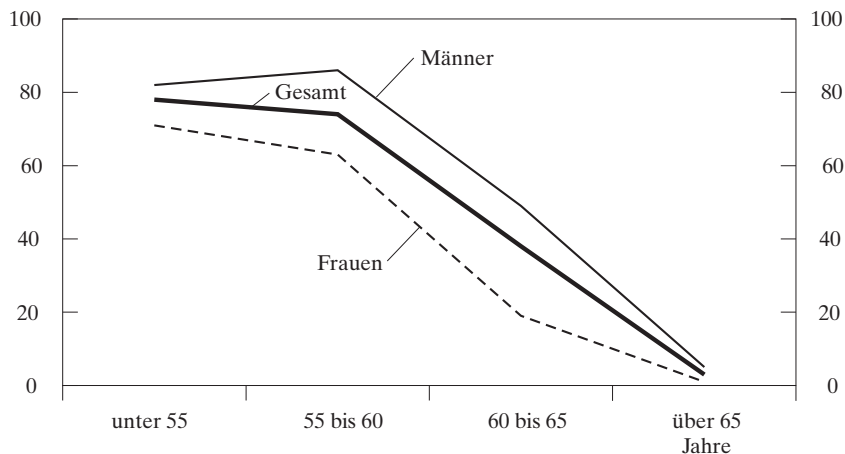
4.3 Szenario 2: Generelle Erhöhung der Erwerbsquote der 55- bis 65-Jährigen

In diesem Szenario wird eine generelle Erhöhung der Erwerbsquote der 55 bis 65-Jährigen unterstellt. Gleichzeitig wird angenommen, dass sich die Produktivität nicht verringert und sich die gesamtwirtschaftliche Leistung dementsprechend erhöht. Gegenwärtig beträgt die durchschnittliche Erwerbsquote

Schaubild 14

Erwerbsquote von Senioren

2004; in %



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

der 55- bis 60-Jährigen 75 %, die der 60- bis 65-Jährigen nur 28 %. Die Werte differieren zwischen Männern und Frauen (Schaubild 14). Auf dieser Grundlage erscheinen folgende Erhöhungen der Erwerbsquote plausibel:

Altersgruppe	Männer	Frauen
55 bis 60	2 %-Punkte	5 %-Punkte
60 bis 65	5 %-Punkte	10 %-Punkte

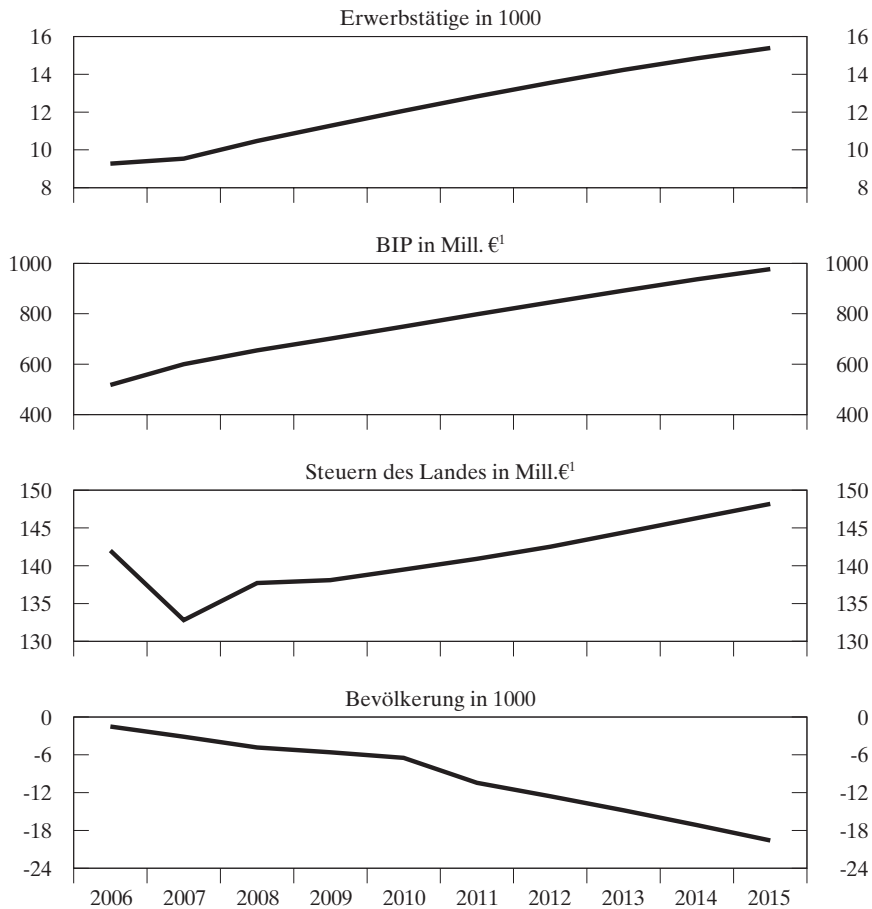
Die zusätzlichen Erwerbseinkommen entsprechen dem Durchschnittseinkommen. Unter diesen Annahmen führt die Erhöhung der Erwerbsquote sowohl zu zusätzlichen Löhnen und Gehältern als auch zur Steigerung des Umsatzes, des BIP und des Steueraufkommens bei Land und Gemeinden. Im Zeitablauf nehmen die Effekte der stärkeren Erwerbsbeteiligung bei nicht sinkender Produktivität sogar noch zu (Tabelle 4 und Schaubild 15). So erhöht sich die Differenz des BIP zum Basisszenario von knapp 600 Mill. € (2006) auf 750 Mill. € (2010) bzw. fast 1 Mrd. € (2015). Die zusätzlichen Steuereinnahmen des Landes (vor Abzug des horizontalen Länderfinanzausgleichs) liegen bei etwa 140 Mill. €. Die Kommunen würden allein 2010 zusätzliche Steuereinnahmen von mehr als 50 Mill. €, 2015 von 60 Mill. € buchen.

Ein negativer Effekt ist allerdings in Bezug auf die Bevölkerung zu verzeichnen: Bei einer Erhöhung der Erwerbsquote der Senioren berechnet das regional-ökonomische Modell, dass pro Jahr etwa 1 600 Arbeitsmigranten weniger nach NRW kommen. Die Bevölkerung sinkt somit um die Zahl der nicht

Schaubild 15

Effekte einer Erhöhung der Erwerbsquote der Senioren

2006 bis 2015; Abweichung vom Basisszenario



Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004.

zugewanderten Migranten und Familienangehörigen. Das Szenario verdeutlicht damit die Komplexität regionalwirtschaftlicher Wirkungsmechanismen. Bei überwiegend positiven Effekten auf die Wirtschaft ist die Reduktion der Zuwanderung eine unerwünschte Nebenwirkung. Zudem berücksichtigt das Szenario nicht die Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen nach dem Alterseinkünftegesetz, das zum 1. Januar 2005 in Kraft trat. Aufgrund der nachgelagerten Rentenbesteuerung ist zu erwarten, dass sich die Steuerzahlungen der Senioren auch bei unverändert niedriger Erwerbsquote erhöhen.

Tabelle 4

Erhöhung der Erwerbsquote für 55- bis 65-Jährige

Definition des Szenarios	Effekt im Jahr 2010 ¹		
Erhöhung der Erwerbsquote:	Löhne und Gehälter, in Mill. €		1 465
Männer	Bevölkerung		-8 471
Gruppe 55 bis 60: 2 %-Punkte	Umsatz, in Mill. €		1 468
Gruppe 60 bis 65: 5 %-Punkte	Erwerbstätige		12 070
Frauen	BIP, in Mill. €		749
Gruppe 55 bis 60: 5 %-Punkte		Land	Gemeinden
Gruppe 60 bis 65: 10 %-Punkte			
Unveränderte Arbeitsproduktivität			
Zusätzliche Erwerbseinkommen in Höhe des Durchschnittseinkommens	Steuern, in Mill. €	139,5	54,2
	Lohn-, Einkommensteuer, in Mill. €	137	48,4
	Körperschaftsteuer, in Mill. €	5,9	0
	Gewerbsteuer, in Mill. €	0	5,9
	Umsatzsteuer, in Mill. €	-3,3	0
	Verlust durch LFA ² , in Mill. €	69,8	

Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004. – ²Horizontaler Länderfinanzausgleich.

4.4 Szenario 3: Gewinnung von Neukunden für die Seniorenwirtschaft von außerhalb NRW

Bei der Erarbeitung von Impulsen zur Förderung der Seniorenwirtschaft in NRW kommt es auch auf die Schaffung von Standortvorteilen gegenüber anderen Regionen an. Somit ist davon auszugehen, dass in NRW infolge dieser Impulse seniorenspezifische Waren und Dienstleistungen angeboten werden, die in den Nachbarregionen nicht oder in dieser Form noch nicht bereitgestellt werden. Dadurch kann es zur Gewinnung von Neukunden, die außerhalb von NRW ansässig sind, kommen. Schließlich kann die stärkere seniorenwirtschaftliche Fokussierung ein NRW-spezifisches Innovationspotenzial erzeugen, aufgrund dessen die Seniorenwirtschaft hierzulande ihre Standortvorteile aufrecht erhalten kann, auch wenn es zu Nachahmereffekten in den Nachbarregionen kommt.

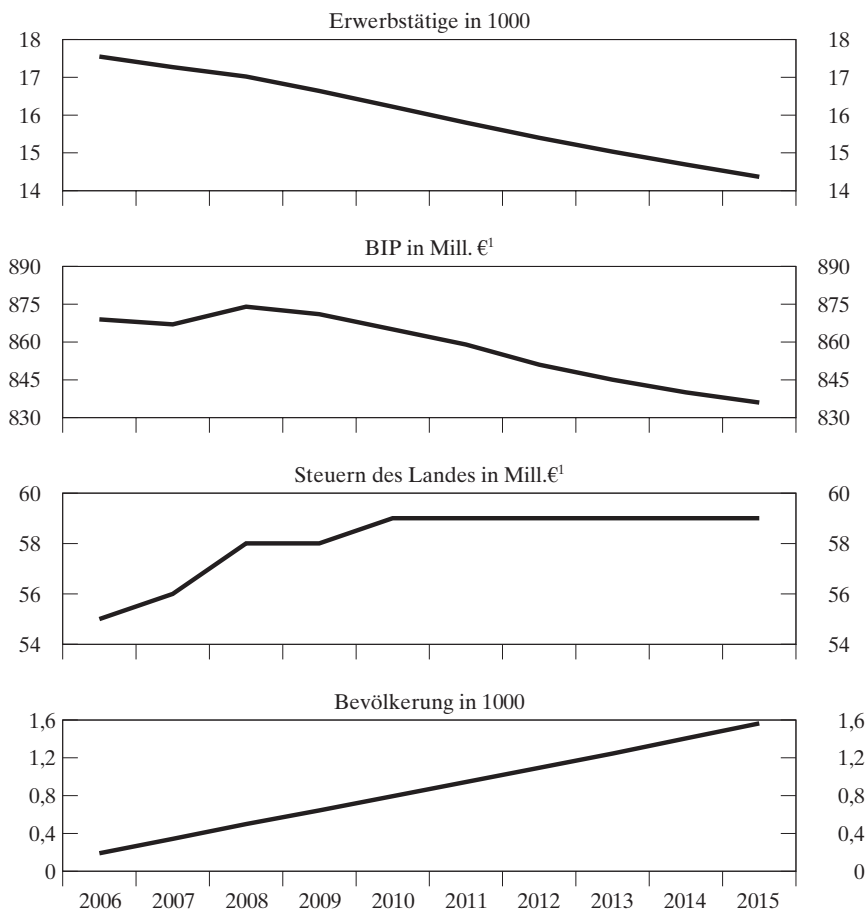
In diesem Szenario wird angenommen, dass sich durch neue seniorenspezifische Angebote eine zusätzliche Nachfrage in Höhe von insgesamt 1 Mrd. € pro Jahr generieren lässt. Dies entspricht einer dauerhaften Steigerung des Gesamtkonsums um etwa 1 % gegenüber 2004. Die zusätzliche Nachfrage konzentriert sich auf die oben definierten „Seniorenprodukte“ der Sektoren Gesundheits- und Sozialwesen, Tourismus und Freizeit, Gastronomie, Verkehr- und Nachrichtenwesen sowie EDV-Dienstleistungen. Sie wird durch Gewinnung von insgesamt 250 000 neuen Kunden erzielt, die pro Jahr im Durchschnitt 4 000 € in NRW ausgeben. Davon entfallen im Mittel 2 000 € auf den Gesundheitssektor und je 400 € auf die übrigen Bereiche.

Im Vergleich zu den Szenarien 1 und 2 wirkt sich die Gewinnung von Neukunden im angenommenen Rahmen insgesamt moderater, aber durchweg positiv aus. Die zu erwartende Umsatzsteigerung erreicht mehr als 1,5 Mrd. €, der Beschäftigungsgewinn 16 000 zusätzliche Erwerbstätige 2010, über 14 000 im Jahr

Schaubild 16

Effekte der Gewinnung von Neukunden für die Seniorenwirtschaft von außerhalb NRW

2006 bis 2015; Abweichung vom Basisszenario



Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004.

2015. Im Gegensatz zu Szenario 2, bei dem Verdrängungseffekte zu beobachten sind, kommt es bei dieser Handlungsoption *ceteris paribus* zu begrenzten *Zuwanderungen* nach NRW (Tabelle 5 und Schaubild 17). Das Land würde nach Abzug des horizontalen Länderfinanzausgleichs 2010 zusätzlich 29 Mill. € an Steuern einnehmen (30 Mill. € 2015), die Kommunen in beiden Jahren über 24 Mill. €.

Tabelle 5

Gewinnung von Neukunden für die Seniorenwirtschaft von außerhalb NRW

Definition des Szenarios	Effekt im Jahr 2010 ¹		
Erhöhung der Nachfrage nach „Seniengütern“, d.h. Konsum der Gütergruppen Gesundheit, Freizeit, Gaststätten, Transport, Kommunikation und EDV-Dienstleistungen um insgesamt 1 000 Mill. € (1 % des derzeitigen Konsums) durch Gewinnung von 250 000 Neukunden, die pro Jahr im Durchschnitt jeweils 4 000 € ausgeben.	Löhne und Gehälter, in Mill. €		559
	Bevölkerung		795
	Umsatz, in Mill. €		1 519
	Erwerbstätige		16 220
	BIP, in Mill. €		865
		Land	Gemeinden
Davon entfallen jeweils 2 000 € auf den Gesundheitssektor und je 400 € auf die Bereiche Freizeit, Gastronomie, Transport, Kommunikation und EDV-Dienstleistungen.	Steuern, in Mill. €	58,6	24,5
	Lohn-, Einkommensteuer, in Mill. €	52,3	18,4
	Körperschaftsteuer, in Mill. €	6,1	0
	Gewerbesteuer, in Mill. €	0	6,1
	Umsatzsteuer, in Mill. €	0,3	0
Verlust durch LFA ² , in Mill. €	29,3		

Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004. – ²Horizontaler Länderfinanzausgleich.

4.5 Szenario 4: Stärkere Fokussierung des Konsums der Senioren auf NRW-Produkte

Alternativ zu Szenario 3, das von der Generierung zusätzlichen Konsums ausgeht, kann angenommen werden, dass auf Grund neuer Angebote der Seniorenwirtschaft eine stärkere Fokussierung des Konsums der Senioren auf NRW-Produkte stattfindet. Zu untersuchen ist in diesem Zusammenhang, wie sich eine rein sektorale Verlagerung des Konsums auswirkt.

Es wird unterstellt, dass jeder der insgesamt 4,65 Mill. Einwohner in NRW im Alter von 55 bis 80 Jahren pro Jahr 215 € mehr für NRW-Güter und entsprechend weniger für andere ausgibt. Von den Zusatzausgaben entfallen 70 € auf den Gesundheitssektor, je 40 € auf den Freizeit- und Gastronomiebereich sowie je 15 € auf Verkehrsteilnahme, Kommunikation und EDV-Dienstleistungen. Insgesamt geben die Senioren aus NRW somit pro Jahr 1 Mrd. € mehr für NRW-Güter und 1 Mrd. € weniger für andere Güter aus. Damit wird dieses Szenario mit dem vorhergehenden vergleichbar.

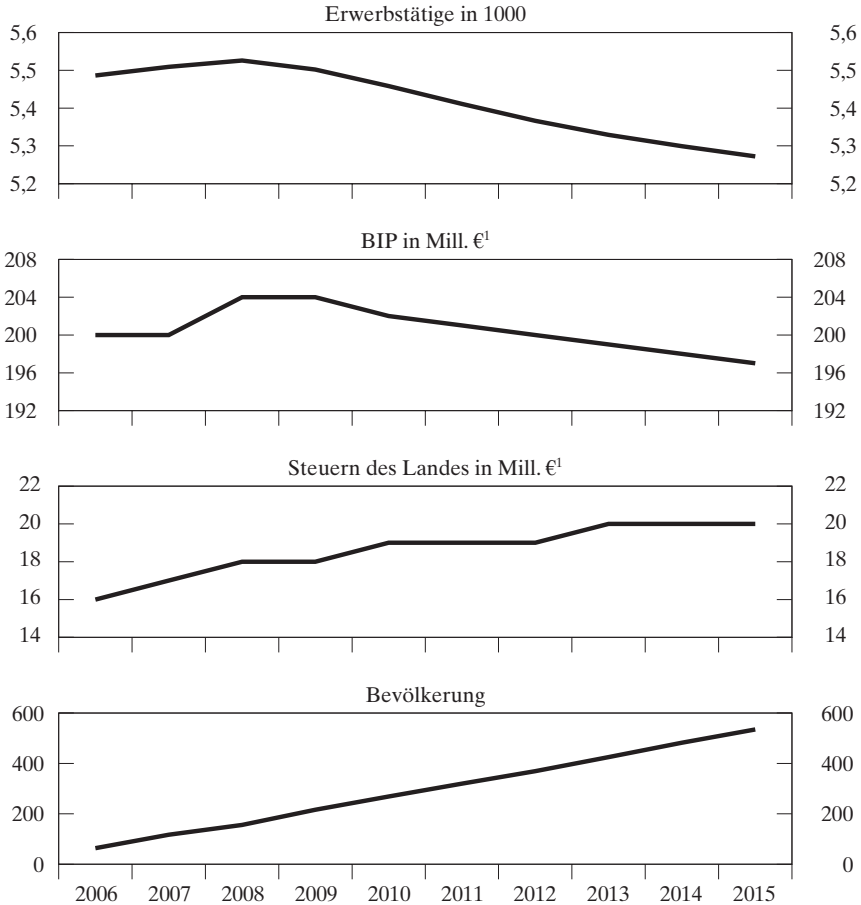
Da der Gesamtkonsum in diesem Szenario unverändert bleibt, kommt es erwartungsgemäß zu geringeren Regionaleffekten als im vorhergehenden. Dennoch ist die Verbesserung der Wettbewerbsposition der nordrhein-westfälischen Wirtschaft im Bereich seniorenspezifischer Güter *ceteris paribus* mit positiven regionalwirtschaftlichen und Arbeitsmarkt- sowie mit entsprechenden Fiskaleffekten verbunden (Tabelle 6 und Schaubild 17). Danach kommt es zu einem Wachstum der NRW-Wirtschaft von voraussichtlich etwa 200 Mill. € pro Jahr von 2006 bis 2015.

Gerade die Szenarien 3 und 4 zeigen, dass es bei der Entwicklung von Standortvorteilen der Seniorenwirtschaft in NRW vor allem auf entsprechende Impulse und Ideen aus den entsprechenden Sektoren ankommt. Die Landesin-

Schaubild 17

Effekte der Fokussierung des Konsums der Senioren auf Produkte aus NRW

2006 bis 2015; Abweichung vom Basisszenario

Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004.

itative Seniorenwirtschaft kann darauf hinwirken, dass in NRW in Form einer Clusterbildung, d.h. durch stärkere überbetriebliche Kooperationen, Innovationsvorsprünge entstehen, die den einzelnen Betrieben letztendlich Wettbewerbsvorteile verschaffen.

Das Land würde bei Verwirklichung dieses Szenarios (nach Abzug des horizontalen Länderfinanzausgleichs) im Jahr 2010 mehr als 9 Mill. € zusätzlich an Steuern einnehmen (10 Mill. € 2015), die Kommunen etwa 7 bzw. 8 Mill. €.

Tabelle 6

Stärkere Fokussierung des Konsums der Senioren auf NRW-Produkte

Definition des Szenarios	Effekt im Jahr 2010 ¹		
Zunahme des Konsums der Senioren von NRW-Produkten: Jeder der insgesamt 4,65 Mill. Senioren im Alter von 55 bis 80 Jahren gibt pro Jahr 215 € mehr für NRW- und weniger für andere Güter aus.	Löhne und Gehälter, in Mill. €	186	
	Bevölkerung	269	
	Umsatz, in Mill. €	295	
	Erwerbstätige	5 458	
	BIP, in Mill. €	202	
Von den Zusatzausgaben für NRW-Güter entfallen je 40 € auf den Freizeit- und Gastronomiebereich, 70 € auf den Gesundheitssektor und je 15 € auf Transport, Kommunikation und EDV-Dienstleistungen	Land	Gemeinden	
	Steuern, in Mill. €	18,7	7,3
Insgesamt werden 1 000 Mill. € pro Jahr mehr für NRW-Güter ausgegeben, gleichzeitig Rückgang des Konsums anderer Güter, so dass der Gesamtkonsum unverändert bleibt	Lohn-, Einkommensteuer, in Mill. €	17,4	6,1
	Körperschaftsteuer, in Mill. €	1,2	0
	Gewerbesteuer, in Mill. €	0	1,2
	Umsatzsteuer, in Mill. €	0,1	0
	Verlust durch LFA ² , in Mill. €	9,4	

Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004. – ²Horizontaler Länderfinanzausgleich.

4.6 Szenario 5 und 6: Reduktion der Sparquote der Senioren

Eine Alternative zur Umschichtung von Konsum besteht darin, die Senioren dazu zu veranlassen, weniger zu sparen bzw. mehr zu konsumieren, d.h. in gewissem Maße ihr Sicherheitsbedürfnis oder ihre Neigung zur Vererbung oder Verschenkung ihres Vermögens zu verringern. Wie die Repräsentativumfrage im Rahmen der Landesinitiative Seniorenwirtschaft belegt, besteht aus Sicht der Senioren in NRW bezüglich der regionalen Einkaufsangebote, Möglichkeiten zur Verkehrsteilnahme, seniorenpezifischen Freizeit-, Bildungs- und Kulturangeboten durchaus ein Ausbaupotenzial, das auf eine Inanspruchnahme zusätzlicher Angebote schließen lässt (MGSFF 2003a: 81–86).

Im Folgenden werden zwei Szenarien berechnet, im ersten Fall ohne Berücksichtigung der dadurch verringerten Vererbung/Verschenkung (Szenario 5), im zweiten Fall mit Berücksichtigung (Szenario 6). Szenario 5 ist von geringer Bedeutung, da es nur sehr kurzfristige Effekte der Minderung der Sparquote erfasst. Szenario 6 entspricht dagegen eher den durch eine Sparquotenminderung zu erwartenden Regionaleffekten.

Für beide Szenarien wird angenommen, dass sich die Sparquote der Senioren in NRW um ein Viertel von derzeit 9 % auf 6,75 % verringert. Dadurch stehen pro Jahr 2,19 Mrd. € zusätzlich für den Konsum zur Verfügung (Szenario 5). In Szenario 6 wird angenommen, dass nur 25 % dieser Ersparnisminderung tatsächlich dem Konsum in NRW zusätzlich zur Verfügung stehen, da annahmegemäß 75 % der Ersparnis an Nachkommen in NRW vererbt worden wäre und deren Konsum durch den Wegfall eines Teils ihres Erbes nun geringer ausfällt. Anzumerken ist, dass die berechneten Effekte nicht die Fristigkeit der Vererbung berücksichtigen und somit die kurzfristigen Auswirkungen unterbewerten; außerdem bleiben unterschiedliche Sparquoten von Senioren

Tabelle 7

Reduktion der Sparquote der Senioren (ohne Auswirkung auf Junioren)

Definition des Szenarios	Effekt im Jahr 2010 ¹		
Die Sparquote reduziert sich um 25 % von 9 % auf 6,75 % bzw. um 2,19 Mrd. €, die zusätzlich konsumiert werden	Löhne und Gehälter, in Mill. €	817	
	Bevölkerung	1 109	
	Umsatz, in Mill. €	3 099	
	Erwerbstätige	22 180	
Den heutigen Konsumausgaben der Senioren entsprechend verteilt sich der Zusatzkonsum auf die Sektoren	BIP, in Mill. €	1 776	
Unberücksichtigt bleibt, dass Junioren dadurch weniger erben und weniger konsumieren können		Land	Gemeinden
	Steuern, in Mill. €	89,2	39,3
	Lohn-, Einkommensteuer, in Mill. €	76,3	26,9
	Körperschaftsteuer, in Mill. €	12,4	0
	Gewerbsteuer, in Mill. €	0	12,4
	Umsatzsteuer, in Mill. €	0,4	0
	Verlust durch LFA ² , in Mill. €	44,6	

Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004. – ²Horizontaler Länderfinanzausgleich.

Tabelle 8

Reduktion der Sparquote der Senioren (mit Auswirkung auf Junioren)

Definition des Szenarios	Effekte im Jahr 2010 ¹		
Die Sparquote reduziert sich um 25 % von 9 % auf 6,75 % bzw. um 2,19 Mrd. €, die zusätzlich konsumiert werden	Löhne und Gehälter, in Mill. €	205	
	Bevölkerung	279	
	Umsatz, in Mill. €	775	
	Erwerbstätige	5 547	
Den heutigen Konsumausgaben der Senioren entsprechend verteilt sich der Zusatzkonsum auf die Sektoren	BIP, in Mill. €	445	
Es wird berücksichtigt, dass Junioren dadurch weniger erben und entsprechend weniger konsumieren können. Annahme: 75 % der Erben leben in NRW. Die Zunahme des Konsums durch den Rückgang der Sparquote von Senioren ist dadurch (langfristig) deutlich geringer. Die Effekte des berücksichtigen nicht die Fristigkeit		Land	Gemeinden
	Steuern, in Mill. €	22,3	9,8
	Lohn-, Einkommensteuer, in Mill. €	19,1	6,8
	Körperschaftsteuer, in Mill. €	3,1	0
	Gewerbsteuer, in Mill. €	0	3,1
	Umsatzsteuer, in Mill. €	0,1	0
	Verlust durch LFA ² , in Mill. €	11,2	

Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004. – ²Horizontaler Länderfinanzausgleich.

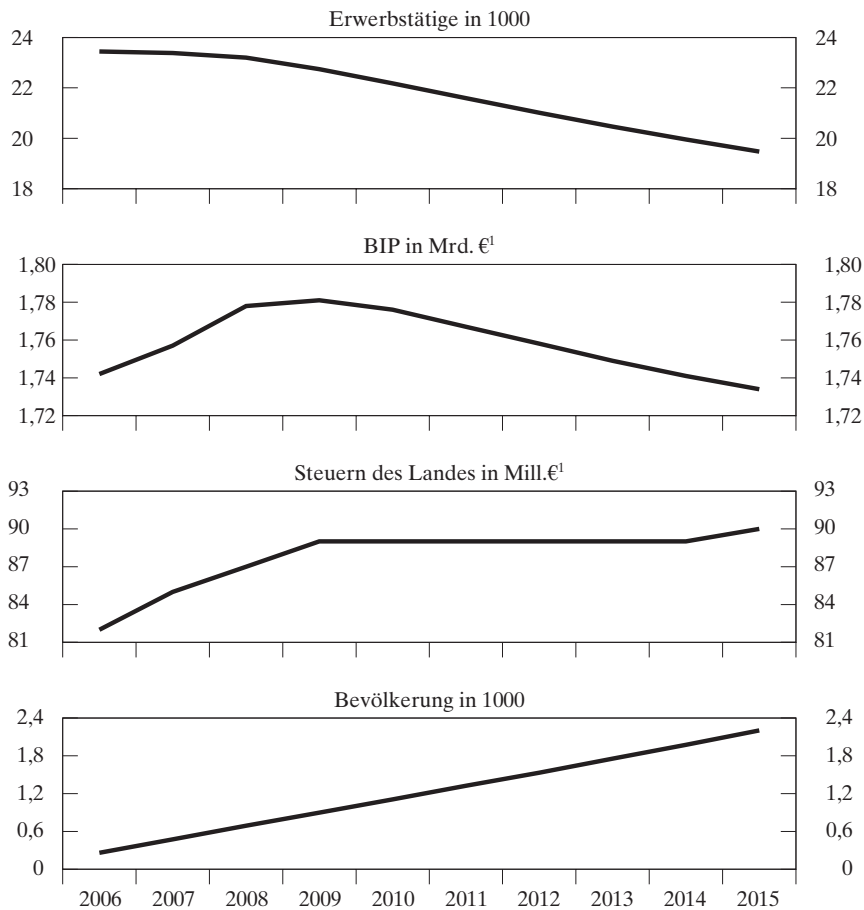
und Junioren außer Acht. Der Zusatzkonsum verteilt sich entsprechend der derzeitigen sektoralen Struktur des Konsums auf die Wirtschaftszweige.

Erwartungsgemäß führt Szenario 5 bei einem Zusatzkonsum von 2,19 Mrd. € zu höheren regionalwirtschaftlichen-, Beschäftigungs- und Fiskaleffekten als die in den anderen Szenarien simulierte Konsumsteigerung. Für die öffentlichen Haushalte wären diese Wirkungen mit erheblichen Zusatzeinnahmen verbunden (Tabelle 7 und Schaubild 18). Wie erläutert, sollte man aber eher von den moderateren, um 75 % geringeren Effekten des Szenario 6 ausgehen, demzufolge nur etwa 550 Mill. € pro Jahr zusätzlich für den Konsum in NRW zur Verfügung stehen (Tabelle 8 und Schaubild 19).

Schaubild 18

Effekte einer Reduktion der Sparquote der Senioren ohne Auswirkung auf Junioren

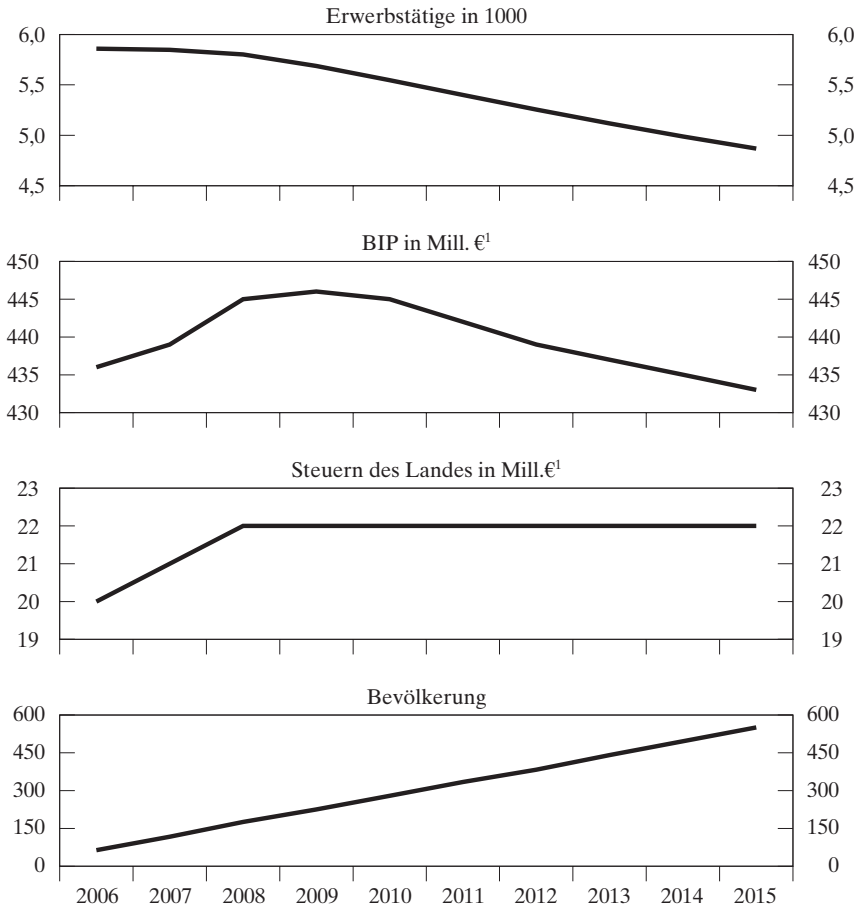
2006 bis 2015; Abweichung vom Basisszenario

Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004.

Obwohl die Konsumsteigerung hier etwa die Hälfte des in Szenario 3 (Neukunden) angenommenen erreicht, sind die geschätzten Auswirkungen auf Löhne und Gehälter sowie auf die Bevölkerung und Beschäftigung um deutlich mehr als die Hälfte geringer. Grund ist, dass es im Szenario einer Reduktion der Sparquote zu einem stärkeren Abfluss des zusätzlichen Konsums der Senioren aus NRW kommt. Die Simulationen bestätigen somit, dass eine Fokussierung des Konsums der Senioren auf Produkte aus NRW mit einem erheblichen „Mehrwert“ für das Land, nicht zuletzt aus Sicht der öffentlichen Haushalte, verbunden ist.

Schaubild 19

Effekte einer Reduktion der Sparquote der Senioren mit Auswirkung auf Junioren
2006 bis 2015; Abweichung vom Basisszenario



Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004.

Die zusätzlichen Steuereinnahmen des Landes würden sich unter den Bedingungen des Szenario 6 auf etwa 11 Mill. € (2010 und 2015), die der Kommunen auf ca. 10 Mill. € belaufen.

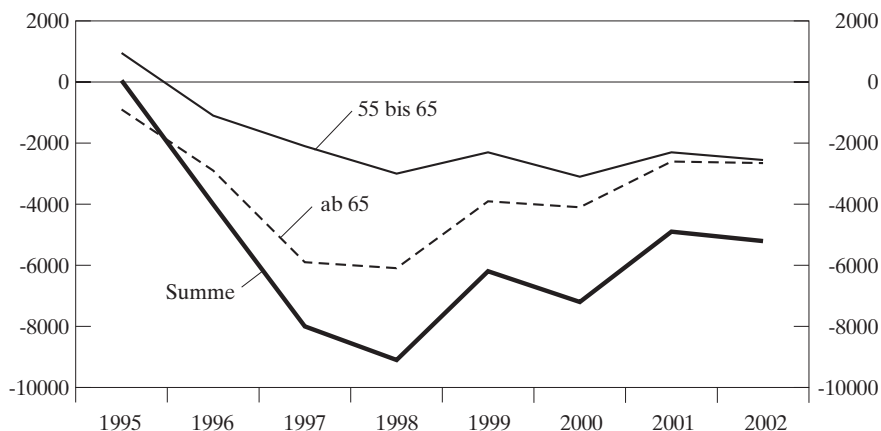
4.7 Szenario 7: Reduktion der Abwanderung von Senioren aus NRW

Neben Strategien zur stärkeren Inanspruchnahme der ökonomischen Ressourcen älterer Menschen durch Beeinflussung ihrer Einnahmen und Ausgaben ist denkbar, ihre Zahl durch Einflussnahme auf das Wanderungsverhalten

Schaubild 20

Wanderung von Senioren nach und aus NRW

1995 bis 2002; jährlicher Wanderungssaldo



Nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW.

zu verändern. Zwar nimmt die Zahl älterer Menschen in den nächsten Jahren noch zu, da starke Kohorten in das Seniorenalter aufrücken. Allerdings verzeichnen die Senioren in NRW seit einigen Jahren eine negative Wanderungsbilanz (etwa –6 000 im Jahr 2002; Schaubild 20). Ziel seniorenwirtschaftlicher Impulse könnte es daher sein, die Attraktivität des Landes als Wohnort für Senioren zu steigern.

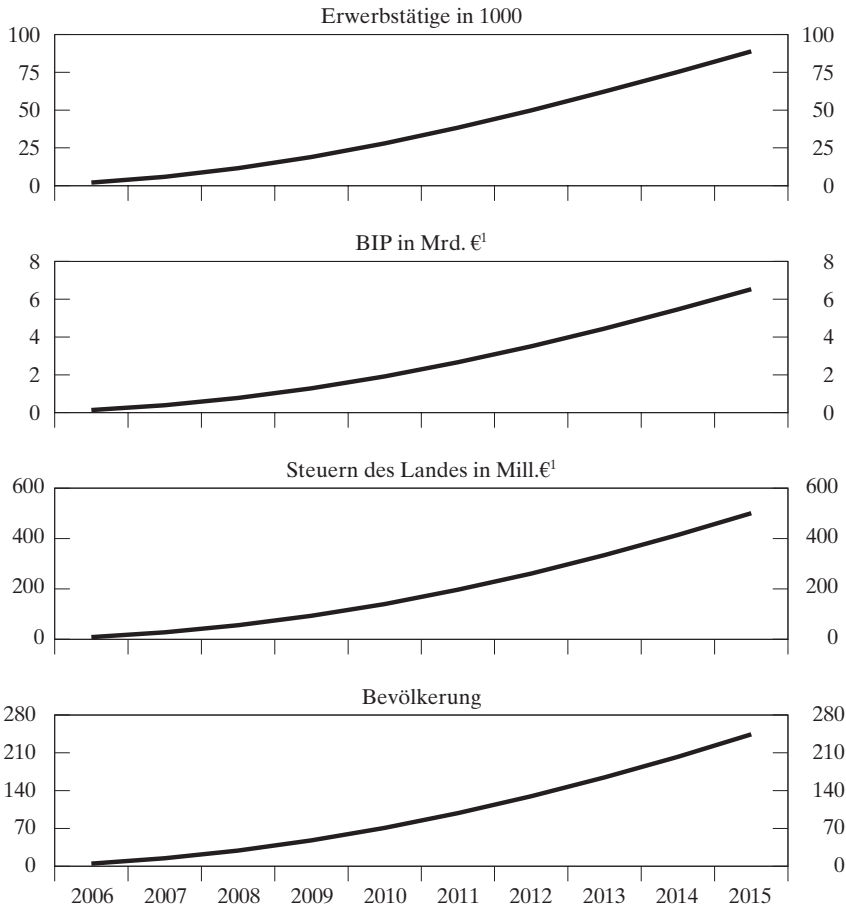
Unter der Annahme, dass pro Jahr 5 000 Senioren weniger als im Basisszenario ihren Wohnort in NRW aufgeben (gleichmäßig verteilt auf alle Jahrgänge entsprechend der derzeitigen Verteilung), führt dies durch zusätzliche Agglomerationswirkungen zu einem Zuwachs an Einwohnern, der deutlich über die im Gesamtzeitraum insgesamt 50 000 weniger abgewanderten Senioren hinaus geht (70 000 im Jahr 2010, über 200 000 im Jahr 2015), sowie zu beachtlichen regionalwirtschaftlichen, Arbeitsmarkt- und Fiskaleffekten (Tabelle 9 und Schaubild 21).

Zu erwarten ist eine im Vergleich zu den anderen Szenarien weit stärkere Zunahme des BIP (1,9 Mrd. € 2010, 6,5 Mrd. € 2015) und des Umsatzes (3 bzw. 10 Mrd. €) sowie ein deutlicher Anstieg der Löhne und Gehälter (1 bzw. 4 Mrd. €). Besonders auffällig ist die nur in diesem Szenario zu verzeichnende gleichmäßig positive Wirkung auf alle Größen. Somit erscheint im Szenarienvergleich eine Einflussnahme auf das Wanderungsverhalten mit besonders nachhaltig wirksamen Regionaleffekten verbunden zu sein. Wünschenswert ist, dass sich dies als „Nebenwirkung“ seniorenwirtschaftlicher Impulse ein-

Schaubild 21

Effekte einer Reduktion der Abwanderung von Senioren

2006 bis 2015; Abweichung vom Basisszenario

Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004.

stellt. Das Land hätte unter diesen Bedingungen im Jahr 2010 70 Mill. € zusätzliche Steuereinnahmen zu erwarten (2015 sogar 250 Mill. €), die Kommunen 50 bzw. 170 Mill. €.

4.8 Verknüpfung der Handlungsoptionen zu einer umfassenden Förderstrategie

Die durchgeführten Simulationen schätzen die Effekte einzelner Handlungsoptionen unter der Annahme, dass alle anderen Rahmenbedingungen konstant bleiben. Es liegt jedoch nahe, im Rahmen einer umfassenden Förderstra-

Tabelle 9

Reduktion der Abwanderung von Senioren aus NRW

Definition des Szenarios	Effekt im Jahr 2010 ¹		
Derzeit ist der Zuzug von Senioren deutlich geringer als der Wegzug; der Wanderungssaldo betrug zwischen 1998 und 2002 jährlich –6 600 Personen	Löhne und Gehälter, in Mill. €	1 059	
	Bevölkerung	71 130	
	Umsatz, in Mill. €	3 369	
	Erwerbstätige	27 990	
	BIP, in Mill. €	1 917	
Annahme: 5 000 Senioren weniger verlassen jährlich NRW (gleichmäßig verteilt auf alle Altersgruppen)		Land	Gemeinden
	Steuern, in Mill. €	140,4	48,4
	Lohn-, Einkommensteuer, in Mill. €	99,0	34,9
	Körperschaftsteuer, in Mill. €	13,5	0
	Gewerbsteuer, in Mill. €	0	13,5
	Umsatzsteuer, in Mill. €	28,0	0
	Verlust durch LFA ² , in Mill. €	70,2	

Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004. – ²Horizontaler Länderfinanzausgleich.

tegie das Ziel zu verfolgen, sowohl die Einnahmen als auch die Konsumausgaben der Senioren zu erhöhen und durch die Schaffung seniorenwirtschaftlicher Angebote die Standortfaktoren des Landes NRW als Wohnort für Senioren aufzuwerten. Im Rahmen eines kumulativen Szenarios wird im Folgenden geschätzt, welche gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Auswirkungen auf Land und Kommunen in Folge einer Verknüpfung verschiedener Handlungsoptionen zu erwarten sind.

Aus den nicht miteinander kombinierbaren Szenarien 1 und 2 wird dabei das leichter zu verwirklichende Szenario 1 ausgewählt. Szenario 2 erscheint weniger plausibel, da es auf der Annahme einer erheblich zunehmenden Nachfrage nach Arbeitskräften beruht. Von den beiden Szenarien, die die Verringerung der Sparquote abbilden, wird aus den erwähnten Gründen Szenario 6 ausgewählt. Das kumulative Szenario verbindet somit die Handlungsoptionen

- Schaffung zusätzlicher Erwerbsmöglichkeiten für Rentner und Pensionäre durch Minijobs,
- Gewinnung von Neukunden der Seniorenwirtschaft von außerhalb NRW,
- stärkere Fokussierung des Konsums der Senioren auf NRW-Produkte,
- Reduktion der Sparquote der Senioren (und Rückgang der Vererbung/Verschenkung der Ersparnisse an Junioren) und
- Reduktion der Abwanderung von Senioren aus NRW.

Bei Verknüpfung der Szenarien stellt sich heraus, dass durch eine umfassende Förderung der Seniorenwirtschaft beachtliche regionalwirtschaftliche, fiskalische und Beschäftigungseffekte zu erzielen sind (Tabelle 10 und Schaubild 22). In diesem Fall ist für das Jahr 2010 gegenüber dem Basisszenario eine Steigerung der Bruttolöhne und -gehälter um über 5,5 Mrd. € bzw. 1,6 %

Tabelle 10

Effekte eines kumulativen Szenarios

Definition des Szenarios	Effekt im Jahr 2010 ¹	
Verwirklichung der Szenarien	Löhne und Gehälter, in Mill. €	5 549
1 Schaffung von Minijobs	Bevölkerung	73 110
3 Gewinnung von Neukunden	Umsatz, in Mill. €	-1 171
4 Fokussierung auf NRW-Produkte	Erwerbstätige	106 400
6 Reduktion der Sparquote	BIP, in Mill. €	-638
7 Reduktion der Abwanderung		
	Land	Gemeinden
	Steuern, in Mill. €	426,0 137,2
	Lohn-, Einkommensteuer, in Mill. €	402,0 141,9
	Körperschaftsteuer, in Mill. €	-4,7 0
	Gewerbesteuer, in Mill. €	0 4,7
	Umsatzsteuer, in Mill. €	28,8 0
	Verlust durch LFA ² , in Mill. €	213,0

Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004. – ²Horizontaler Länderfinanzausgleich.

(7,6 Mrd. € bzw. 2,5 % 2015) zu erwarten. Da die Arbeitsproduktivität infolge der Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte zurückgeht, kommt es zunächst zu einem im Vergleich zum Basisszenario schwächeren Wirtschaftswachstum. Gelingt es, durch neue Angebote die Nachfrage nach seniorenwirtschaftlichen Produkten zu steigern, ist allerdings denkbar, dass sich die angenommenen Beschäftigungseffekte auch bei unveränderter Produktivität erzielen lassen. Nach 2010 würde die im Vergleich zum Basisszenario günstigere Bevölkerungsentwicklung die negativen Effekte des Produktivitätsrückgangs ausgleichen, so dass ab 2013 Wachstumsgewinne zu verzeichnen wären.

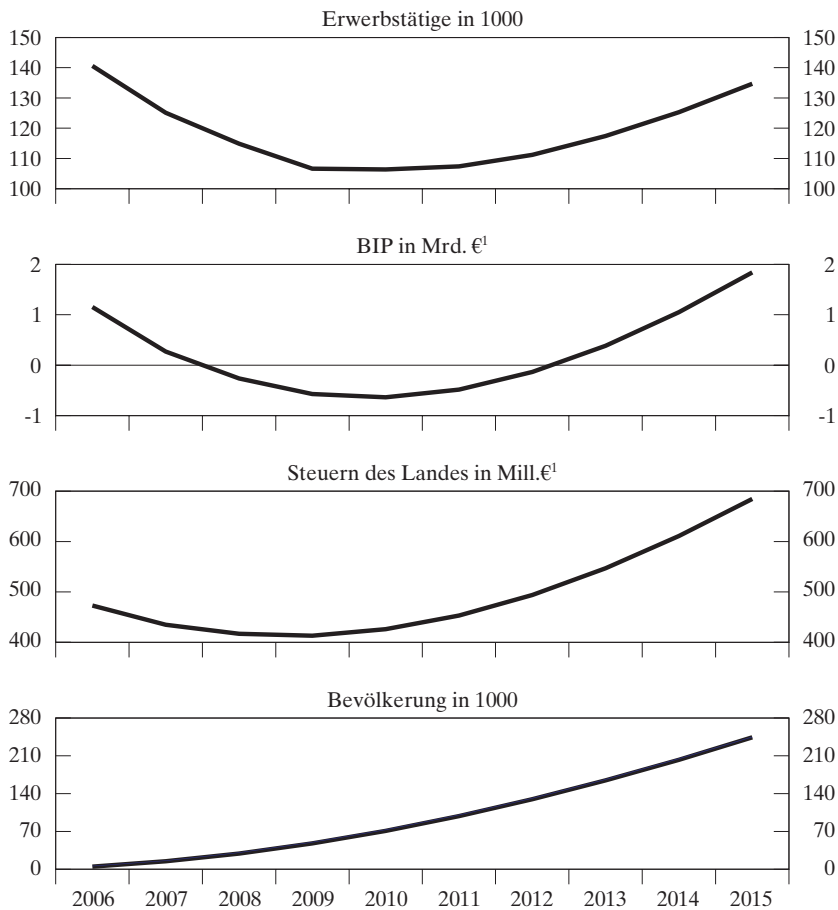
Da sich die Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen vor allem auf die Löhne und Gehälter stützen, würden sich die Produktivitätsverluste und die daraus resultierende vorübergehende Wachstumsschwäche nur begrenzt auf die Steuereinnahmen auswirken. So würde NRW im Jahr 2010 nach Abzug des horizontalen Länderfinanzausgleichs voraussichtlich zusätzliche Steuern von etwa 210 Mill. € bzw. 1,1 % einnehmen. Bis zum Jahr 2015 würden sich die Zusatzeinnahmen bis auf weit über 300 Mill. € (1,7 %) erhöhen. Die gesamten Steuergewinne gegenüber dem Basisszenario würden sich von 2006 bis 2015 für das Land (nach Abzug des horizontalen Länderfinanzausgleichs) voraussichtlich auf fast 2,5 Mrd. € (1,3 %) belaufen.

Die Verwirklichung einer umfassenden Strategie zur Förderung der Seniorenwirtschaft in NRW wäre nicht nur für das Land, sondern auch für die Kommunen mit zusätzlichen Steuereinnahmen verbunden. Wie für das Land gilt, dass dabei den Lohn- und Einkommensteuern das größte Gewicht zukommt. So könnten die Kommunen z.B. 2010 zusätzliche Steuereinnahmen von etwa 130 Mill. € (1 %) erzielen (200 Mill. € bzw. 1,5 % 2015). Durch den erneuten Anstieg des Wirtschaftswachstums würden sie nach 2010 außerdem zusätzli-

Schaubild 22

Effekte einer umfassenden Förderstrategie

2006 bis 2015; Abweichung vom Basisszenario

Eigene Berechnungen. – ¹In Preisen von 2004.

che Gewerbesteuern einnehmen. Das Gesamtvolumen der durch Förderung der Seniorenwirtschaft erzielbaren kommunalen Steuergewinne würde sich von 2006 bis 2015 voraussichtlich auf rund 1,5 Mrd. € bzw. 1,2 % gegenüber dem Basisszenario belaufen.

Die positiven Wirkungen des kumulativen Szenarios auf Steuereinnahmen, Löhne und Gehälter und die Zahl der Erwerbstätigen sind jeweils etwas höher als die Summe der Effekte der entsprechenden Szenarien, die negativen auf BIP und Umsatz etwas geringer. Bei Verknüpfung der Handlungsoptio-

nen treten somit zusätzliche Agglomerationseffekte mit positiver Wirkung auf die wirtschaftliche und fiskalische Lage des Landes auf.

Durch den horizontalen Finanzausgleich würden durch eine offensive Seniorenwirtschaft in NRW auch die anderen Länder Deutschlands profitieren, und zwar mit insgesamt etwa 1 Mrd. € bis 2010 und etwa 2,5 Mrd. € bis 2015.

5. Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Die vorliegende Untersuchung bestätigt die Annahme, dass durch Förderung der Seniorenwirtschaft vorteilhafte Auswirkungen auf die regionalwirtschaftliche Leistungsfähigkeit, den Arbeitsmarkt, die Bevölkerung und die staatlichen Finanzen des Landes NRW erzielt werden können. Durch die regional-ökonomische Simulation wurden diese Effekte quantifiziert und können dadurch in Relation zueinander gesetzt werden. Dabei ist jedoch darauf hinzuweisen, dass es sich bei diesen Ergebnissen um Schätz- und Näherungswerte handelt. Tabelle 11 zeigt die im Jahr 2010 im Vergleich zum Basisszenario zu erwartenden Wirkungen der Szenarien, einschließlich des kumulativen Szenarios, das die Szenarien 1, 3, 4, 6 und 7 simultan abbildet. Von den zusätzlichen Steuereinnahmen werden nach der in Tabelle 11 bereits berücksichtigten Verteilung im Rahmen des vertikalen Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Kommunen aus NRW-Sicht nochmals etwa 50 % durch den horizontalen Länderfinanzausgleich „verlorengehen“.

Im Vergleich der Szenarien wird deutlich, dass aus Sicht der öffentlichen Haushalte vor allem durch solche Handlungsoptionen zusätzliche Steuereinnahmen generiert werden können, die zur Steigerung der Erwerbseinkommen der Senioren führen (Szenarien 1 und 2). Allerdings greift eine Strategie zu kurz, die bei der Erhöhung der Erwerbseinkommen allein auf die Schaffung von Minijobs setzt, ohne damit auf eine entsprechende Nachfrage nach Arbeitskräften zu reagieren. Die nicht nachgefragte Zufuhr von Arbeitskräften führt zwar zur Steigerung der Erwerbseinkommen und der Steuereinnahmen. In diesem Szenario sinkt aber die Produktivität, so dass Unternehmensgewinne und Wirtschaftswachstum ungünstiger sind als im Basisszenario. Eine generelle Erhöhung der Erwerbsquote der Senioren kann sich nachteilig auf die Bevölkerung auswirken, weil bei unveränderter Nachfrage nach Arbeitskräften weniger Arbeitsmigranten nach NRW zuwandern werden.

Die Szenarien 3 bis 6 zeigen die Effekte verschiedener Impulse zur Anregung des Konsums der Senioren. Gelingt es, durch Verbesserung des Angebots seniorenspezifischer Produkte und Dienstleistungen

- Neukunden von außerhalb NRW zu gewinnen und/oder
- die Konsumausgaben der Senioren aus NRW stärker auf regionale Produkte zu fokussieren und/oder

Tabelle 11

Regionalwirtschaftliche und fiskalische¹ Auswirkungen alternativer Handlungsoptionen zur Förderung der Seniorenwirtschaft in NRW im Jahr 2010

	Wert 2004	Szenario							Kumulatives Szenario
		1	2	3	4	5	6	7	
Löhne und Gehälter, in Mill. €	246 549	3 497	1 465	559	186	817	205	1 059	5 549
Zu versteuernde Löhne und Gehälter, in Mill. €	246 549	2 248	1 465	559	186	817	205	1 059	4 299
Bevölkerung	18 035 803	639	-8 471	795	269	1 109	279	71 130	73 110
Umsatz, in Mill. €	827 022	-7 166	1 468	1 519	295	3 099	775	3 369	-1 171
Erwerbstätige	7 568 829	50 350	12 070	16 220	5 458	22 180	5 547	27 990	106 400
BIP, in Mill. €	439 816	-4 089	749	865	202	1 776	445	1 917	-638
Unternehmensgewinne, in Mill. €	33 081	-287	59	61	12	124	31	135	-47
Land NRW, in Mill. €									
Einkommensteuer	23 052,3	210,1	137,0	52,3	17,4	76,3	19,1	99,0	402,0
Körperschaftsteuer	3 308,1	-28,7	5,9	6,1	1,2	12,4	3,1	13,5	-4,7
Gewerbesteuer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Umsatzsteuer	7 093,7	0,3	-3,3	0,3	0,1	0,4	0,1	28,0	28,8
Insgesamt	33 454,1	181,7	139,5	58,6	18,7	89,2	22,3	140,4	426,0
Kommunen NRW, in Mill. €									
Einkommensteuer	8 136,1	74,2	48,4	18,4	6,1	26,9	6,8	34,9	141,9
Körperschaftsteuer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gewerbesteuer	3 308,1	-28,7	5,9	6,1	1,2	12,4	3,1	13,5	-4,7
Umsatzsteuer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	11 444,2	45,5	54,2	24,5	7,3	39,3	9,8	48,4	137,2
Annahmen, in %		Satz		Anteil Land		Anteil Kommunen			
Durchschnittliche									
Einkommensteuer		22		42,5				15,0	
Körperschaftsteuer		20		50,0				0,0	
Gewerbesteuer		10		0,0				100,0	
Umsatzsteuer pro Kopf, in €		1 063		37,0				2,1	
Umsatzrendite (vor Steuern)		4,00 ^a		-				-	

Eigene Berechnungen. – ¹Unter der Annahme unveränderter Steuersätze und Verteilungsschlüssel im vertikalen Finanzausgleich. In Preisen von 2004. – ^aAngaben des IW Köln.

– die Konsumfreudigkeit der Senioren generell zu erhöhen,

sind nennenswerte Steigerungen des BIP, der Beschäftigung und der Einkommen zu erzielen. Besonders erfolgreich wären Impulse zur Förderung der Seniorenwirtschaft, wenn sie zusätzlich die Attraktivität von NRW als Wohnort der Senioren steigern könnten. Sollte sich die Seniorenwirtschaft in NRW erfolgreicher als an anderen Standorten positionieren, ist davon auszugehen, dass dadurch – vorausgesetzt, die Wohnungswirtschaft stellt sich auf deren spezielle Ansprüche ein – auch mehr Senioren als bisher eine Vorliebe für NRW als Wohnstandort entwickeln werden. Die in Szenario 7 simulierten Demographieeffekte verdeutlichen, dass es aus NRW-Sicht trotz der absehbaren

demographischen Alterung zu den Zielen der Standortpolitik gehören muss, der Abwanderung von Senioren entgegenzuwirken.

Freilich kann eine seniorenorientierte Standortprofilierung nur gelingen, wenn man die in den verschiedenen Szenarien simulierten Handlungsoptionen im Rahmen einer umfassenden Strategie miteinander verknüpft. Die Landesinitiative kann dazu beitragen, dass sich Unternehmen aus NRW z.B. durch Kooperation und Erfahrungsaustausch seniorenspezifische Wettbewerbsvorteile verschaffen. Wohlgermerkt können die in dieser Untersuchung simulierten Effekte nur erzielt werden, wenn die hier angenommenen Einkommens- und Ausgabensteigerungen und Änderungen des Wanderungsverhaltens der Senioren eintreten. Damit es zu solch positiven Wirkungen kommt, sind in den nächsten Jahren weiterhin gezielte Impulse erforderlich, um seniorenwirtschaftliche Innovationen zu fördern und das Bewusstsein für die „Wirtschaftskraft Alter“ zu stärken.

Die durch die gesellschaftliche Alterung und mangelnde Nutzung der Wirtschaftskraft älterer Menschen verursachten Probleme betreffen auch Deutschland insgesamt und viele andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Aus der Sicht vieler Wirtschaftszweige wird es kaum sinnvoll erscheinen, sich bei der Entwicklung neuer seniorenspezifischer Angebote auf eine Region zu konzentrieren. Strategien zur Förderung der Seniorenwirtschaft könnten sicher besonders wirkungsvoll auf europäischer Ebene umgesetzt werden. Entsprechende Initiativen der EU-Kommission wären daher wünschenswert.

Literatur

- Arnds, P. und H. Bonin (2003), Gesamtwirtschaftliche Folgen demographischer Alterungsprozesse. In M. Herfurth et al. (Hrsg.), 131–177.
- Barkhold, B., F. Frerichs, J. Hilbert, G. Naegele und K. Scharfenroth (1999), *Memorandum „Wirtschaftskraft Alter“*. Forschungsgesellschaft für Gerontologie und Institut Arbeit und Technik, Dortmund und Gelsenkirchen.
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1999), Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen 1971 bis 1996. Statistische Sonderveröffentlichungen 5. Frankfurt a.M.
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (2003), Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen 1998 bis 2000. Statistische Sonderveröffentlichungen 6. Frankfurt a.M.
- Eckey, H.H., K. Horn und P. Klemmer (1990), Abgrenzung von regionalen Diagnoseeinheiten für die Zwecke der regionalen Wirtschaftspolitik. Beiträge zur Struktur- und Konjunkturforschung 29. Bochum.
- Fujita, M., P. Krugman and A.J. Venables (1999), *The spatial economy: cities regions, and international trade*. Boston: MIT Press.
- Herfurth, M., M. Kohli und K.F. Zimmermann (Hrsg.) (2003), *Arbeit in einer alternden Gesellschaft*. Problembereiche und Entwicklungstendenzen der Erwerbsbeteiligung Älterer. Sozialwissenschaften im Überblick. Opladen: Leske + Budrich.
- MFJFG – Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2001), *Dokumentation Gesundheitswesen und Arbeitsmarkt in NRW*. Düsseldorf.
- MGSFF – Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2003a), *Einkommen und Ausgaben älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen*. Ergebnisse der Repräsentativumfrage. Landesinitiative Seniorenwirtschaft. Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen.
- MGSFF – Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2003b), *Seniorenwirtschaft in Nordrhein-Westfalen*. Ziele – Ergebnisse – Perspektiven. Bericht über die Landesinitiative NRW. Düsseldorf.
- RWI – Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2003), *Regionalwirtschaftliche Auswirkungen des Zukunftsparks O.VISION in Oberhausen*. Gutachten im Auftrag der Stadt Oberhausen (Bearb.: R. Budde.) Essen.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004), *Gesundheit. Krankheitskosten 2002*. Presseexemplar. Wiesbaden.